

# Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung

---

**Nr. 38**

**Demokratie und Frieden in Europa II**

**Ein Beitrag aus Anlass des 60. Geburtstags  
von Professor Volker Rittberger am 4. Mai 2001**

**Andreas Hasenclever**

## **Europa und der demokratische Frieden**

---

Abteilung für Internationale Beziehungen/  
Friedens- und Konfliktforschung  
des Instituts für Politikwissenschaft  
der Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Adresse: Melanchthonstr. 36, D-72074 Tübingen

Telefon: ++49 (0)7071 29-78372

Fax: ++49 (0)7071 29-2417

WWW Homepage: <http://www.uni-tuebingen.de/ib/>

© Copyright: Andreas Hasenclever, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Leimenrode  
29, 60322 Frankfurt, [hasenclever@hsfk.uni-frankfurt.de](mailto:hasenclever@hsfk.uni-frankfurt.de)

Tübingen 2001

ISBN 3-927604-35-6

*Herausgeber:* Volker Rittberger

*Redaktion:* Klaus Stodick

*WWW-Redaktion:* Jürgen Plieninger

*Editorischer Hinweis:* Ab Nr. 23 sind die "Tübinger Arbeitspapiere" (mit einer geringen Verzögerung) auch [auf dem Textserver der Universitätsbibliothek](#) als PDF-Dokument verfügbar.

*Zitierempfehlung:* Hasenclever, Andreas 2001: Europa und der demokratische Frieden / Hrsg.: Volker Rittberger. - Tübingen : Institut für Politikwissenschaft <Tübingen> / Abteilung Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung. (Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung ; 38) <<http://www.uni-tuebingen.de/pol/taps/tap38.htm>> rev. 2001-07-24

[Zurück zum Anfang](#)

---

## Inhaltsverzeichnis

[1. Einleitung](#)

[2. Die ursprüngliche Hoffnung: Frieden folgt Institutionen](#)

[3. Die Ernüchterung: Institutionen folgen Frieden](#)

[4. Die neue Hoffnung: Frieden folgt der Demokratie](#)

[5. Die Synthese: Demokratie, Institutionen und Frieden](#)

[5.1. Zwischendemokratische Institutionen und die Vermeidung oder Bearbeitung gefährlicher Konflikte](#)

[5.2. Zwischendemokratische Institutionen und die Vermeidung gefährlicher Strategien](#)

[5.3. Zwischendemokratische Institutionen und die Vermeidung von Polarisierungsprozessen](#)

[6. Schlussbemerkung: Warum Tübingen für die Erarbeitung einer institutionellen Theorie des demokratischen Friedens bestens präpariert ist](#)

[Literatur](#)

[Fußnoten](#)

[Zurück zum Anfang](#)

---

## 1. Einleitung

Demokratien führen keine Kriege gegeneinander, und auch unterhalb der Kriegsschwelle sind sie in deutlich weniger militärische Auseinandersetzungen mit ihresgleichen verwickelt, als sonst zwischen Staaten üblich ist. Der Befund des "demokratischen Friedens" gilt unter SozialwissenschaftlerInnen als gesichert. [ 1 ] Strittig bleibt allerdings, wie er erklärt werden kann. Auffällig ist in diesem

Zusammenhang, dass sich die Forschung bislang auf die Gründe konzentriert, die Demokratien davon abhalten, gegen andere Demokratien ins Feld zu ziehen. Der Einsatz von Soldaten in Konflikten mit Artgenossen erscheint je nach wissenschaftlicher Vorliebe entweder als irrational oder als unmoralisch, und beides führt in der einen oder anderen Weise dazu, dass gewählte Regierungen weitestgehend auf die Androhung und Anwendung von Gewalt im interdemokratischen Umgang verzichten. Vernachlässigt wurde und wird dabei die Frage, warum es Demokratien besonders oft und besonders gut gelingt, Konflikte mit anderen Demokratien ohne Einsatz militärischer Machtmittel zu bearbeiten. Mit dieser Engführung der Analyse auf die Vermeidung eines spezifischen Instruments der Konfliktbearbeitung korrespondiert eine weitere Merkwürdigkeit in der Forschungslandschaft: Der Beitrag internationaler Institutionen zum langen Frieden in Westeuropa ist zu einem Randthema geworden. Wenn Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen an Frieden in Europa denken, dann denken sie an:

- einen Bündnisfrieden (Gowa 1999; Mearsheimer 1990): Die Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion hat den alten Kontinent unter der hegemonialen Führung der USA geeint. Sowohl die Europäische Gemeinschaft als auch die NATO erscheinen als Ergebnisse klassischer Allianzpolitik, und der Frieden zwischen den Bündnispartnern ist auf ihren Willen zurückzuführen, gemeinsam Widerstand zu leisten.
- einen Verfassungsfrieden (Gleditsch 1995; Moravcsik 1996; Wolf 2001): In Westeuropa herrschen Demokratien und Demokratien führen keine Kriege gegeneinander.
- einen Gemeinschaftsfrieden (Hrbek 1993; Kahl 1998; Risse-Kappen 1994; Zielinski 2000): Nach 1945 entwickelten sich zwischen den Staaten und Gesellschaften Westeuropas auf der Grundlage gemeinsamer Werte und geteilter Identitäten freundschaftliche Beziehungen, die mittlerweile so robust sind, dass sie selbst massive Veränderungen in der internationalen Umwelt unbeschadet überstehen.
- einen Wirtschaftsfrieden (McMillan 1997; Oneal et al. 1996): Die Volkswirtschaften Westeuropas sind in einem bis dahin unbekanntem Ausmaß miteinander verflochten. Jede kriegerische Auseinandersetzung würde unvorstellbare Kosten verursachen und wäre von daher irrational. Da die Regierungen Westeuropas sich ihrer Verantwortung gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft bewusst sind, meiden sie in ihren Beziehungen die Androhung und Anwendung von Gewalt.
- einen Imperialfrieden (Barkawi/Lafey 1999): Die kapitalistischen Staaten bilden ein ultra-imperialistisches Bündnis. Sie halten Frieden und kooperieren zum eigenen Vorteil und mit dem Ziel, die übrige Welt nach Gutsherrenart zu beherrschen und auszubeuten.

Die These von der zivilisierenden Kraft europäischer und transatlantischer Institutionen, so wie sie in Deutschland beispielsweise von Ernst-Otto Czempiel (1996; <sup>2</sup>1998) und Dieter Senghaas (1990; <sup>2</sup>2000) vertreten wird, führt demgegenüber ein akademisches Schattendasein. So ist es bemerkenswert, dass im September 1996 auf einer international besetzten Konferenz des George Marshall Fund zur Europäischen Sicherheit kein Papier zum Zusammenhang von Verreglungsdichte der westeuropäischen und transatlantischen Beziehungen und der Bändigung des Kriegs vorgelegt wurde. [ 2 ] Auch in Fachzeitschriften wie "European Security", "International Organization", "International Security", "Security Studies" oder "Survival" sucht man in den letzten 10 Jahren vergebens einen genuinen Beitrag zur institutionellen Dimension des Friedens in Westeuropa. [ 3 ] Vielmehr schreibt Andrew Moravcsik (1996: 129): "There is little empirical evidence, either historical or cross-sectional, to support a strong link between international institutions and peace (...) Nor is there much evidence that European institutions have had a pacifying influence." In ähnlicher Weise erklärt Reinhard Wolf (2001: 69-71)

internationale Institutionen in der Sicherheitskooperation zu Randphänomen. Was zivile Beziehungen zwischen Staaten befördere, sei Interessenharmonie und nicht ein Regelwerk. Und Nils Petter Gleditsch (1995: 561) hält die Friedenswirkung regionaler Organisationen allenfalls redundant. Die zivilisierende Kraft in der EU sei die demokratische Verfassung ihrer Angehörigen. Lediglich die Beförderung von Demokratie bei den Beitrittsanwärtern könne als eine indirekte Friedensleistung der Gemeinschaft gelten.

Um nicht missverstanden zu werden: Selbstverständlich wissen alle, die sich aus analytischer Perspektive mit dem langen Frieden in Europa beschäftigen, um die hohe Verregeldichte dieser Region. Aber die regionalen Institutionen erscheinen vielen WissenschaftlerInnen entweder als funktionierender Überbau, der von fundamentalen Kräften wie beispielsweise dem Ost-West-Gegensatz, den Ordnungsinteressen der amerikanischen Supermacht, regionalen Wirtschaftsinterdependenzen oder den kapitalistischen Interessen eines wie auch immer zu definierenden hegemonialen Blocks getragen wird. Oder sie werden als Katalysatoren der Gemeinschaftsbildung begriffen, die in dem Augenblick an autonomer Bedeutung verlieren, in dem eine Sicherheitsgemeinschaft entstanden ist. Institutionen spiegeln dann Identitäten ihrer Mitglieder wider, welche die eigentlichen Garanten ziviler Beziehungen sind. [ 4 ] Die genuinen Friedensleistungen europäischer und transatlantischer Institutionen der Gegenwart jedenfalls werden in der Forschung, wenn überhaupt, dann nur am Rande notiert und sind verblüffend selten Gegenstand systematischer Untersuchung. [ 5 ]

Das geringe Interesse der Wissenschaft an den Friedensleistungen internationaler Institutionen wird von der Politik nicht geteilt. So erklärte Bundespräsident Roman Herzog beispielsweise vor der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg Anfang 1997 mit größter Selbstverständlichkeit: "Stabilität in Europa hat zwei Namen: Europäische Union und Nordatlantische Allianz" (Europäische Sicherheit 46:2, 22). Ähnlichen Äußerungen begegnen wir in parlamentarischen Debatten oder den Demarchen europäischer Außen- und Verteidigungsministerien. Denken wir nur an die Rede des damaligen französischen Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement, der auf der Münchener Wehrkundetagung 1990 zu Protokoll gab, dass die Atlantische Allianz als "freies Zusammenspiel von Demokratien (...) eine Kraft des Friedens und der Stabilität für die Zukunft" sei (Europäische Wehrkunde 3/90: 163).

Und auch in der Forschung gab es Zeiten, in denen internationale Organisationen als Zivilisierungsinstanzen ein hohes Maß an Aufmerksamkeit fanden. Dies galt vor allem für die fünfziger Jahre, als die europäische Integration bedeutende Fortschritte verzeichnete und in der Forschung ein Zusammenhang zwischen Integration und der Verabschiedung des Krieges aus der internationalen Politik hergestellt wurde. Wie ich gleich ausführen werde, meine ich, dass wir bald eine Renaissance dieses alten Themas erleben werden. Nach meiner Überzeugung wird die Tübinger Forschungsgruppe Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung unter Leitung von Volker Rittberger dann bestens platziert sein, um die Entwicklung einer institutionalistischen Theorie des demokratischen Friedens voranzubringen. Das intellektuelle Kapital in Tübingen ist in dieser Hinsicht beeindruckend und ließe sich aussichtsreich für die Erforschung des komplexen Wechselspiels zwischen internationalen Institutionen, demokratischen Staaten und Frieden einsetzen.

Im folgenden möchte ich in vier Schritten die wechselvolle Geschichte der Forschung zum Zusammenhang von Institutionen und Frieden in Europa rekonstruieren. Meine Ausgangsthese ist, dass in Wissenschaft und Politik ursprünglich Institutionen und Frieden zusammengingen ([Abschnitt 2](#)). Dies änderte sich in den siebziger Jahren ([Abschnitt 3](#)). Jetzt wurden Institutionen vor allem im Bereich der *low politics*, also jenseits von Fragen der Sicherheitspolitik analysiert. Die Forschung zum

internationalen Frieden hingegen wurde von subsystemischen Ansätzen dominiert ([Abschnitt 4](#)). Es ging um den demokratischen Frieden. Nach meiner Einschätzung wird sich allerdings in den nächsten Jahren wieder eine Synthese ergeben ([Abschnitt 5](#)). Die Forschung zum demokratischen Frieden entdeckt theoretische Defizite auf der Interaktionsebene und die Forschung zu internationalen Institutionen entdeckt theoretische Möglichkeiten auf der subsystemischen Ebene. Zusammengenommen führen beide Entdeckungen dazu, den Frieden zwischen Demokratien auf deren besondere Fähigkeit zum Aufbau internationaler Institutionen zurückzuführen. Institutionen allein garantieren keinen Frieden. Es kommt auf ihre Mitglieder an. Die Eigenschaften der Mitglieder allein können aber keinen Frieden garantieren, es kommt auf ihre Organisation an. Und hier scheint es nun, als ob zwischendemokratische Institutionen aus einem ganz besonderen Stoff seien.

[Zurück zum Anfang](#)

---

## 2. Die ursprüngliche Hoffnung: Frieden folgt Institutionen

Die Europäische Gemeinschaft war niemals als reine Wohlstandsgemeinschaft gedacht (Dinan 1994: 9-25; Loth 1990: 134-135; Pfetsch 1997: 16-38). Auch wenn das ehrgeizige Projekt einer integrierten Verteidigung am 30. August 1954 am Unwillen des französischen Parlaments scheiterte, war für Adenauer, Churchill, Gasparie und Mendès-France eines klar: Nur ein politisch geeintes Westeuropa würde ein stabiles Westeuropa sein. Und politisch geeint meinte die Überwindung der regionalen Anarchie durch den Aufbau starker Institutionen. Die Fragmentierung Europas sollte ein Ende haben und den todbringenden Nationalismen die Zügel angelegt werden. Dabei ging es zunächst und vor allem um die Einbindung der wiedererstarkenden Bundesrepublik Deutschland: Die NATO integrierte die neuen deutschen Streitkräfte, die EWG war darauf angelegt, die deutsche Wirtschaftskraft zu bändigen, und die Europäische Atomgemeinschaft "Euratom" sollte den Griff Deutschlands nach der Atombombe blockieren und die friedliche Nutzung der Atomenergie fördern. Zwar blieben die konkreten Kompetenzen und Entscheidungsverfahren der europäischen Organisationen Gegenstand zäher und nicht immer glücklicher Verhandlungen. Aber dass starke Institutionen notwendig waren, um den Frieden in Europa zu wahren, und dass durch sie die bedrohliche Anarchie überwunden werden konnte, war die vorherrschende Meinung in der politischen Klasse des alten Kontinents. Pars pro toto sei ein Zitat des französischen Außenministers Robert Schuman vom 9. Mai 1950 zur Zusammenlegung der Kohle- und Stahlindustrien der Sechs angeführt. In der EGKS sah Schuman "den ersten Grundstein einer europäischen Föderation (...), die zur Bewahrung des Friedens unerlässlich ist" (zit. n. Lipgens 1986: 7).

Auch in der Wissenschaft wurden damals starke internationale Institutionen als Garanten des Friedens in Europa verstanden. Dies galt sowohl für den Funktionalismus wie für den Neo-Funktionalismus (vgl. Caporaso/Keeler 1995; Harrison 1990; Taylor 1990; Jachtenfuchs/Kohler-Koch 1996: 16-18). Während allerdings die Funktionalisten um David Mitrany die Hoffnung hegten, die Staaten in einem Netz sektoraler Agenturen zur technischen Bearbeitung gemeinsamer Probleme gleichsam einzufangen, waren Neo-Funktionalisten und hier vor allem Ernst Haas (1968) der Auffassung, dass jede Einigung politische - und das hieß damals supranationale - Institutionen erfordere. Wie auch immer die intellektuellen Bruchlinien zwischen den Funktionalisten und Neo-Funktionalisten im einzelnen verliefen - und Unterschiede gab es in der Tat genug -, erwartet wurde, dass die Verregelung der innereuropäischen Beziehungen voranschritt und dass mit dieser Verregelung die gewalttreibenden Kräfte der Anarchie gebändigt werden würden. Dabei setzten die meisten Funktionalisten und Neo-Funktionalisten vor allem

auf die zivilisierende Kraft der Interdependenz, verstanden als die wechselseitige Abhängigkeit von Staaten bei der Bewältigung fundamentaler politischer Aufgaben wie der Gewährleistung von Sicherheit, der Stabilisierung der Volkswirtschaft und der Aufrechterhaltung kultureller Identität. Gemeinsame Probleme mussten gemeinsam gelöst werden und im Zuge ihrer Lösungen würden gemeinsame Institutionen eingerichtet werden, die die Nationalstaaterie in Europa sukzessive beenden würden. Wie wir heute wissen, kam zunächst alles etwas anderes (Bellers/Häckel 1992: 298; Keohane/Hoffmann 1991: 6-8; Pfetsch 1997: 44-53). Der Einigungsprozess geriet Mitte der sechziger Jahre ins Stocken. Anfang der achtziger Jahre war in der politischen Öffentlichkeit Europas sogar die Rede von "Eurosklерose". Parallel zur Stagnation der Integration machte sich in der Wissenschaft Ernüchterung breit. Prominente Autoren wie Karl Deutsch (1967: 218) und Stanley Hoffmann (1966: 179) diagnostizierten ein Ende der Integration. Und Mitte der siebziger Jahre sah sich Ernst Hass (1975) genötigt, seine optimistischen Erwartungen zur selbstverstärkenden europäischen Einigung zu revidieren. Zwar blieben europäische Wissenschaftler in der Einschätzung der Integrationskrise gelassener als ihre nordamerikanischen Kollegen (Rittberger 1970, vgl. auch Bellers/Häckel 1990: 298; Caporaso/Keeler 1995: 36-42). Sie konnten beispielsweise auf die bemerkenswerte Robustheit der bestehenden Institutionen trotz internationaler Turbulenzen hinweisen. Gleichwohl war unübersehbar, dass die Vereinigung auf der Stelle trat (Rittberger 1970: 352). Und dies führte in erstaunlich kurzer Zeit zum Verstummen der Integrationsforschung. Bellers und Häckel (1990: 296) sprechen sogar von einem "wissenschaftlichen Fadenriß", der Ende der siebziger Jahre zu beobachten sei.

Mit dem "wissenschaftlichen Fadenriß" in der Integrationsforschung schwand das Interesse der *scientific community* an internationalen Institutionen als Bollwerke des Friedens in Europa. Die Sicherheitslage in Westeuropa galt als stabil, obwohl starke Organisationen als Bezwingler internationaler Anarchie fehlten. Die Nationalstaaten hatte sich als bemerkenswert widerständig erwiesen, und von den bestehenden europäischen Institutionen wurde seiner Zeit kaum noch erwartet, dass sie in der Lage sein würden, die innereuropäischen Beziehungen fundamental zu verändern. Dies führte zu einer deutlichen Verschiebung der Forschungsinteressen in den Internationalen Beziehungen. Die Untersuchung formaler Organisationen - Europäische Gemeinschaft oder Vereinte Nationen - wich dem Interesse an internationalen Regimen verstanden als internationale Partialordnungen zur Bearbeitung problematischer sozialer Situationen zwischen Staaten (Kratochwil/Ruggie 1986: 754-761; Müller 1993a: 9-19; Zürn 1992: 137-161). Deren Wirksamkeit wurde vor allem in sogenannten "Low-Politics-Feldern" wie dem Außenhandel, dem internationalen Umweltschutz oder der Organisation der Nahrungsmittelhilfe untersucht. Die "Hohe Politik" damit die fundamentale Frage nach Krieg und Frieden wurde wieder eine Domäne des Realismus. Wie wir alle wissen, war hier das Buch von Waltz (1979) "Theory of International Politics" epochemachend. Seit Anfang der achtziger Jahre erwuchs dem Realismus allerdings ein ernstzunehmender - und wenn wir ehrlich sind: überraschender - Gegner: Die liberale Forschung zum demokratischen Frieden.

[Zurück zum Anfang](#)

---

### 3. Die Ernüchterung: Institutionen folgen Frieden

Wie erwähnt, blieben die kühnen Hoffnungen der Funktionalisten und Neo-Funktionalisten (zunächst) unerfüllt. Starke Institutionen - also internationale Institutionen als potentes Gegengewicht, wenn nicht gar als politische Alternative zum europäischen Nationalstaat - entstanden nicht. Gleichwohl sollten ihre

Arbeiten die Lehre von den internationalen Beziehungen verändern. Sie machten sichtbar, dass die Beziehungen zwischen Staaten nicht von der Außen- und Sicherheitspolitik dominiert werden, sondern dass es eine Vielzahl von Politikfeldern gibt, die jeweils ein Eigenleben haben (Bellers/Häckel 1990: 306; Nye <sup>2</sup>1986: IX). Kaum ein Fachressort, das in den siebziger Jahren nicht eine Abteilung für internationale Angelegenheiten eingerichtet hätte. Und keine Rede davon, dass beispielsweise globale Handelsströme, grenzüberschreitende Finanztransaktionen oder die Einhaltung internationaler Umweltschutzabkommen mit Waffengewalt gesteuert werden könnten. Selbst Außenpolitiker, die so eindeutig dem Realismus nahestanden wie der amerikanische Außenminister Henry Kissinger (zit. n. Waltz 1979: 130), mussten Anfang der siebziger Jahre einräumen, dass militärische Macht allein keinen Erfolg in Konflikten zwischen Staaten garantiert: "Military muscle does not guarantee political influence. Economic giants can be militarily weak, and military strength may not be able to obscure economic weakness. Countries can exert political influence even when they have neither military nor economic strength."

Mit dem Bewusstsein von der Notwendigkeit einer analytischen Desaggregation der internationalen Politik wuchs in den Internationalen Beziehungen die Sensibilität für die Chancen und Risiken zwischenstaatlicher Kooperation jenseits der Sicherheitspolitik. Wenn militärische Macht als Steuerungsinstrument nicht all-tauglich ist, dann sind Regierungen gezwungen, alternative Verfahren zur Konfliktbearbeitung und Handlungskoordination zu entwickeln. Und genau diese alternativen Formen der Konfliktbearbeitung und Handlungskoordination wurden jetzt vor allem in den Sachbereichen Wohlfahrt und Umweltschutz entdeckt. Denken wir nur an das GATT, an den internationalen Währungsfonds, an die grenzüberschreitende Organisation der Nahrungsmittelhilfe, an die Verregelung des Luftraums, an die Bekämpfung des Ozonlochs oder auch an den konzertierten Versuch, die Überfischung der Weltmeere zu verhindern. Mit der Entdeckung solcher politikfeldspezifischer Regelwerke setzte in den Internationalen Beziehungen ein veritabler intellektuelle Boom ein. Fast genauso jäh, wie die Integrationsforschung verstummte, entwickelte sich die sogenannte Regimeforschung (vgl. Efinger/Rittberger/Wolf/Zürn 1990; Kohler-Koch 1989; Rittberger 1993).

Internationale Regime bestehen aus Prinzipien, Normen, Regeln und Verfahren (Krasner 1983: 1; vgl. auch Hasenclever/Mayer/Rittberger 1997: 8-22). Sie wirken als politikfeldspezifische Ordnungen, mit deren Hilfe Regierungen ihre Politik vor allem in den Sachbereichen Wohlfahrt und Umweltschutz im gemeinsamen Interesse und zum Nutzen aller beteiligten Staaten aufeinander abstimmen. Immer geht es darum, dass Staaten in zahlreichen Politikbereichen zwar ein starkes Interesse an internationaler Zusammenarbeit haben, dass aber diese Zusammenarbeit und die mit ihr verbundene Lastenverteilung organisiert und kontrolliert werden muss. Dabei variiert die Wahrscheinlichkeit der Einrichtung internationaler Regime positiv mit der Dringlichkeit der Problembearbeitung und negativ mit der Schwierigkeit, einschlägige Normen und Regeln zu entwerfen und zu überwachen. SkeptikerInnen wie Susan Strange (1983) hielten die Regime-Forschung Anfang der achtziger Jahre zwar nur für eine Modeerscheinung, aber auch sie konnten nicht umhin, die Bedeutung dieses Forschungsgebiets in den Internationalen Beziehungen anzuerkennen, deren Vertreter sich bald "neoliberale Institutionisten" (Keohane 1989: 2) nannten.

Auffällig an der Regime-Forschung ist ihre ursprüngliche Konzentration auf Institutionen jenseits der Sicherheitspolitik. Staaten kooperieren im neoliberalen Modell vor allem in den Sachbereichen Wirtschaft und Umwelt, also in Bereichen der *low politics*. Sie tun dies, weil ihnen die Zusammenarbeit in jedem Einzelfall nützt, weil sie in der Lage sind, internationale Institutionen zur Überwachung der Kooperation aufzubauen, und weil sie zuerst an ihren eigenen Vorteilen und nicht an denen ihrer Partner

interessiert sind. Staaten können sich eine derartig egozentrische Fixierung auf individuelle Vorteile leisten, weil sie wegen der Enthierarchisierung der internationalen Politik nicht fürchten müssen, dass die Verteilung der Kooperationsgewinne in den Problemfeldern Wohlfahrt und Umweltschutz ihre Sicherheit berühren könnte. Zwar herrscht auch in der *low politics* Anarchie, aber diese Anarchie gilt im Vergleich mit der Anarchie in der Sicherheitspolitik als weniger kooperationsfeindlich. So bestreitet niemand, dass ein Vertrauensbruch beispielsweise im Außenhandel oder Klimaschutz ärgerlich ist. Gleichwohl würde dadurch aber nicht die Verteidigungsfähigkeit einer Nation gefährdet werden. Im schlimmsten Fall bricht die Kooperation zusammen, und die Staaten kehren zu jenem Status quo ante zurück, den sie mit Hilfe gemeinsamer Regeln eigentlich dauerhaft verlassen wollten.

In der Sicherheitspolitik herrschen demgegenüber andere Gesetze (Jervis 1983: 174-176; Lipson 1985: 12-18). Der Aufbau gemeinsamer Organisationen und Regime gilt nicht nur deshalb als schwierig, weil Sicherheit als Voraussetzung für den Erwerb anderer Güter besonders kostbar ist, sondern auch weil ein Vertrauensbruch in der Sicherheitspolitik fatale Folgen haben kann. Wenn ein Staat hier hintergangen wird, dann ist es möglich, dass dies seine Existenz kostet. Des Weiteren wirke die geringe Verhaltenstransparenz in diesem Problemfeld kooperationshemmend. Rüstungsprogramme und militärische Planung unterlägen traditionellerweise höchster Geheimhaltung. Dies führe dazu, dass die Überwachung von Vereinbarungen notorisch unzureichend und schwierig sei. Schließlich werde die Kooperation durch die Eigenschaften des Konfliktgegenstandes behindert (Rittberger 1994a: 155). Bei Sicherheit handele es sich um ein relativ bewertetes Gut. Ein mehr an Sicherheit für die eine Seite werde automatisch als ein weniger an Sicherheit für die andere Seite wahrgenommen. Daraus folge, dass eine dauerhafte Zusammenarbeit wegen der unvermeidlichen Konkurrenz der Akteure nur schwer herzustellen und aufrechtzuerhalten sei.

Diese implizite Lehre von der gespaltenen Anarchie war in der Disziplin bald umstritten. Vor allem Neo-Realisten wie Joseph Grieco (1988), Stephen Krasner (1991), John Mearsheimer (1994/95) und Kenneth Waltz (1986) hielten die unterstellte Orientierung von Regierungen an absoluten Gewinnen in den Sachbereichen Wohlfahrt und Umweltschutz für unhaltbar. Die internationale Politik setzt sich aus einer Vielzahl von Politikfeldern zusammen. Soweit konnten die Realisten mitgehen. Aber die Autonomie der Politikfelder sei wesentlich geringer als von der Regime-Analyse angenommen. Sie bildeten ein System kommunizierender Röhren, in dessen Zentrum die Sicherheitspolitik im klassischen und das heisst militärischen Sinne stehe. Unproportionale Gewinne in den *low politics* seien immer auch sicherheitsrelevant, weil sie in Rüstung und strategische Vorteile übersetzbar seien. Und genau deshalb würden Staaten eifersüchtig darüber wachen, in internationalen Verhandlungen nicht übervorteilt zu werden. Eine gesplattene Anarchie können Neo-Realisten folglich nicht erkennen.

In der Folge entspann sich zwischen Neo-Realisten und Neo-Institutionalisten ein heftiger Streit um die Bedeutung von relativen und absoluten Gewinnen für die internationale Zusammenarbeit (vgl. Baldwin 1993; Hasenclever/Mayer/Rittberger 2000). Während die einen meinten, dass Staaten sich in ihrem Verhalten überall und grundsätzlich an relativen Gewinnen orientierten und versuchen würden, ihre Partner zu schwächen, um sie besser beherrschen zu können, argumentierten die anderen, dass Regierungen zwar bestrebt seien, in internationalen Verhandlungen über Wirtschafts- und Umweltthemen möglichst gut abzuschneiden. Dies habe aber nichts damit zu tun, dass sie existentielle Nachteile fürchten würden, wenn andere Akteure in höherem Maße von der Zusammenarbeit profitierten als sie selbst.

Im Rahmen dieser Auseinandersetzungen kam es immer wieder auch zu Attacken auf realistische

Kernannahmen aus den Reihen neoliberaler Analytiker. So stellten beispielsweise Axelrod und Keohane (1985) den Primat relativer Gewinne nicht nur in den traditionellen Untersuchungsbereichen des neoliberalen Institutionalismus in Frage, sondern auch für die Sicherheitspolitik. Die Unterscheidung der internationalen Beziehungen in Sachbereiche unterschiedlicher Logik sei künstlich und müsse aufgehoben werden, und zwar im neoliberalen Sinne: Auch in der Sicherheitspolitik sei regelgeleitete Kooperation im gemeinsamen Interesse beispielsweise zur Bearbeitung des Sicherheitsdilemmas und zur Vermeidung von Rüstungswettläufen möglich (vgl. auch Czempiel <sup>2</sup>1998: 131-140; Keohane/Martin 1995: 43-46; Senghaas 1994: 37-39).

In der Folge entstanden eine Reihe von Untersuchungen zu sogenannten Sicherheitsregimen in den internationalen Beziehungen: Joseph Nye (1986) und Michael Brzoska (1991) identifizierten ein internationales Regime zur strategischen Rüstungskontrolle, Harald Müller (1989; 1993a) untersuchte die Zusammenarbeit von Staaten im Bereich der Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen (NPT) und in der Raketenabwehr (ABM), John Duffield (1992; 1994) analysierte die NATO als ein internationales Regime und Frank Schimmelfennig (1994) arbeitete an den Beispielen START, CFE, CSBM und NPT die Bedeutung internationaler Sicherheitsregime für den vergleichsweise friedlichen Wandel in Osteuropa heraus. Gleichwohl blieb in der Disziplin der Eindruck bestehen, dass internationale Kooperation im Bereich der Sicherheitspolitik besonders problematisch und fragil ist. Dies legt zumindest die Diskrepanz zwischen anerkanntem Kooperationsbedarf in diesem Sachbereich und der Zahl operativer Institutionen nahe (vgl. Müller 1993a: 126; Rittberger 1994a: 156).

Auch in Tübingen wurden von Volker Rittberger und seiner ForscherInnengruppe Mitte der achtziger Jahre die analytischen Fühler der Regime-Forschung in bis dahin gemiedenes Gebiet ausgestreckt (vgl. Efinger/Rittberger/Zürn 1988; Rittberger 1993; Rittberger/Zürn 1991). Ausgangspunkt war die Beobachtung, dass die etablierte Regime-Analyse stark auf West-West-Regime fokussiert war und Ost-West-Regime vernachlässigte. Dadurch entstehe der irreführende Eindruck, als ob internationale Regime nur in befriedetem Umfeld entstehen und wirken könnten. Dass internationale Regime möglicherweise gewaltfreie Beziehungen zwischen ihren Mitgliedstaaten aktiv befördern und nicht nur dem Frieden folgen, gerate wegen der einseitigen Fallauswahl aus dem Blick. Darüber hinaus wurde in Tübingen kritisiert, dass die Forschung in der Regel explizite Sicherheitsregime untersucht, wenn sie nach der zivilisierenden Wirkung internationaler Institutionen fragt. Aufgrund dieser eingegrenzten Perspektive, aus der heraus man gar nicht anders könne, als den geringeren Verregelungsgrad der internationalen Sicherheitspolitik zu beklagen, werde aber übersehen, dass auch Regime in den Sachbereichen Wohlfahrt und Umfeld friedensrelevante (Spill-over-)Effekte haben können und in der Tat haben (Efinger/Rittberger/Wolf/Zürn 1990: 276; Rittberger 1993: 18-21).

In der Folgezeit wurden in Tübingen internationale Regime als Formen des verregelten Konfliktaustrags in der internationalen Politik analysiert. Sie erscheinen als Knotenpunkte eines Friedensnetzes, das erst lose, dann aber immer enger geknüpft werden würde. Die Staaten bleiben auch aus Tübinger Sicht souverän, aber ihr Wille zum Einsatz von Gewalt in internationalen Konflikten nimmt mit der Verregelung ihrer Beziehungen ab. Diese zivilisierende Wirkung internationaler Regime wurde auf drei Mechanismen zurückgeführt:

(a) *Isolierung und Bearbeitung von Konflikten.* Durch die Einrichtung von internationalen Regimen verfügen Staaten in den betroffenen Konfliktfeldern über alternative Formen der Konfliktbearbeitung. Die verregelten Politikfelder werden damit der unilateralen Selbsthilfepolitik der Staaten entzogen und die Gefahr, dass beispielsweise Handels- oder Rohstoffkonflikte zu Kriegen eskalieren könnten, wird

durch die Verregelung nachhaltig gesenkt.

(b) *Vertrauensbildung und Lernprozesse*. Regime wirken vertrauensbildend. Staaten definieren für einzelne Politikfelder gemeinsame Regeln und lernen, dass die Regeleinhaltung allen Beteiligten nützt und keinem der Beteiligten schadet (sofern sie freiwillig zustande kommen). Gleichzeitig wird die Regeltreue der Akteure als Beleg dafür genommen, dass sie im eigenen Interesse zur dauerhaften Zusammenarbeit bereit sind. Hieraus kann dann auf die Kooperationsbereitschaft in anderen Politikfeldern mit ähnlichen Interessenkonstellationen geschlossen werden.

(c) *Eigendynamik nützlicher Kooperation (Spill-Over-Mechanismus)*. Verregelung ist ein selbstverstärkender Prozess. Neue Regime bauen auf den Erfahrungen mit bestehenden Regimen auf. Das institutionelle Design muss nur noch angepasst, aber nicht mehr vollkommen neu entwickelt werden. Dadurch werden Kosten gespart. Außerdem ist der Schleier der Unwissenheit bereits ein Stück gelüftet. Es wird leichter, neue internationale Regime einzurichten. Mit jedem neuen Regime wächst dann aber der potentielle Schaden, der angerichtet werden würde, wenn zwischen Staaten kriegerische Gewalt ausbräche. Umgekehrt nehmen mit jedem neuen Regime die Kommunikationsmöglichkeiten und lebensweltliche Bezugspunkte der zivilen Argumentation zwischen den beteiligten Akteure zu. Internationale Institutionen wirken so verstanden als Dämme, die Kooperation kanalisieren, das Übergreifen von Konflikten aus einem Politikfeld in das andere verhindern und Überschwemmungen im Sinne ausufernder Gewalt abwenden.

In den frühen neunziger Jahren entstanden eine ganze Reihe empirischer Studien, durch die die theoretischen Vermutungen der Tübinger Schule überprüft und weiterentwickelt wurden. [ 6 ] Trotz der vorgelegten Arbeiten blieb allerdings in der Perzeption der *scientific community* die primäre Fixierung der Regime-Forschung auf die Sachbereiche Wirtschaft und Umwelt erhalten. Und dies bedeutete, dass den Tübinger Untersuchungen wie überhaupt allen Arbeiten zu Sicherheitsregimen jede frühe Anerkennung ihrer originären Leistungen auf dem Gebiet der Friedensforschung versagt blieb. Denken wir in Deutschland nur an das vernichtende Urteil von Gerda Zellentin (1992: 68, 74), die der Regime-Analyse Status-quo-Fixierung vorwarf. Ihr fehle eine Theorie des Wandels und ohne Wandel sei Frieden in der internationalen Politik nicht zu haben. Für Andrew Moravcsik (1996: 129) ist vollkommen klar: "The apparent correlation between institutional membership and peace is spurious." Und Helga Haftendorn (1997: 15) formulierte Mitte der neunziger Jahre den Eindruck, dass "bisher die Thesen über die Bedeutung von internationalen Institutionen vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaft überprüft" worden seien.

Was aus Tübinger Sicht noch enttäuschender war: Im Sommer 1995 entspann sich im Anschluss an John Mearsheimers (1994/95) Artikel "The False Promise of International Institutions" eine heftige Debatte in der Zeitschrift "International Security" zwischen Realisten und Institutionalistern. In diesem Zusammenhang insistierten Robert Keohane und Lisa Martin (1995: 40) zwar darauf, dass der neoliberale Institutionalismus fruchtbar zur Analyse der internationalen Sicherheitspolitik im ausgehenden 20. Jahrhundert verwendet werden könne. Aber noch gebe es hierzu so gut wie keine empirischen Arbeiten. [ 7 ] Dies aus der Feder "befreundeter Wissenschaftler" zu lesen, war bitter. Außerdem fehlte jeder Verweis auf die generell zivilisierenden Wirkungen internationaler Institutionen, so wie sie in Tübingen angedacht worden waren.

Deutlich wurde vielmehr, dass die Reichweite der Regime-Analyse in der Forschergemeinschaft als begrenzt wahrgenommen wurde: Es ging um die Ermöglichung von Kooperation zur Steigerung des

materiellen Nutzens der Partner. Internationale Institutionen und Frieden hatten aus dieser Perspektive wenn überhaupt, dann nur sehr vermittelt etwas miteinander zu tun. Zu diesem Schluss kommen auch prominente Vertreter der quantitativen Kriegsursachenforschung. So schreiben Daniel Geller und David Singer in einem jüngeren Forschungsüberblick:

"The data-based findings on the efficacy of peaceful international norms and the establishment of IGOs as means of reducing system-level violence are not encouraging" (1998: 136).

Vielmehr sei festzustellen, dass die Gewaltanfälligkeit der internationalen Systems trotz zunehmender Verregelungsdichte nicht abgenommen habe. Die Institutionalisierungsschübe in der internationalen Politik folgten typischerweise katastrophalen Kriegen, und hätten solche Kriege bislang noch nie verhindert. Auch Louis Kriesberg konnte keinen zivilisierenden Effekt internationaler Organisationen auf die Gewaltanfälligkeit des internationalen Systems erkennen. Er führte dies allerdings darauf zurück, dass das institutionelle Netzwerk zwischen Staaten noch zu lose geknüpft sei:

"It is likely that the level of integration at the international level, indicated by the network of international organizations, is simply not great enough to markedly impact on the likelihood of wars in the system as a whole" (Kriesberg 1998: 143).

Nein, die Musik in der Friedensforschung spielte bis Ende der neunziger Jahre irgendwo anders. Nicht systemische Ansätze zur Gewaltvermeidung wie die Regimeforschung schienen in den Augen der meisten Beobachter vielversprechend zu sein, sondern subsystemische.

[Zurück zum Anfang](#)

---

## 4. Die neue Hoffnung: Frieden folgt der Demokratie

Wenn sich das internationale System durch den Aufbau internationaler Institutionen nicht so ändern lässt, dass Frieden herrscht, dann sollten sich die Mitglieder des Systems ändern. Und in der Tat gibt es eine lange Tradition in den Internationalen Beziehungen, die die These vertritt, dass Demokratien eine Art wesensimmanenter Disposition zu friedlicher Außenpolitik besäßen. Zwar zeigen statistische Untersuchungen, dass die Bereitschaft von Demokratien, ihre Konflikte in der internationalen Umwelt mit Gewalt zu regeln, nicht viel geringer ist als die anderer Staaten. Gleichwohl hat sich *ein* bemerkenswerter Befund ergeben. Demokratien führen keine Kriege gegen ihre Gleichen. Jack Levy (1988: 88) hat diese Regelmäßigkeit nachgerade in den Status eines sozialwissenschaftlichen Gesetzes erhoben und andere sind ihm in dieser Einschätzung bereitwillig gefolgt (Russett 1990: 123; Gleditsch 1995: 297). Mittlerweile sind diese Erkenntnisse und ihre praktischen Implikationen auch in der Politik angekommen: Wenn Demokratien keine Kriege gegeneinander führen und auch sonst nur in sehrmäßigem Umfang ihren Artgenossen Gewalt androhen oder antun, dann sollte alles getan werden, um Demokratisierungsprozesse in der Welt aus friedenspolitischen Erwägungen heraus zu unterstützen. Viel zitiert ist in diesem Zusammenhang eine programmatische Äußerung des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton aus dem Jahr 1993: Es sei ein strategisches Interesse der USA, die Gemeinschaft demokratischer Staaten in der Welt zu vergrößern, denn "democracies rarely wage war on one another" (zit. in Gowa 1999: 3).

Der Befund des interdemokratischen Friedens hat die Forschung elektrisiert. Ganze Kohorten von

Sozialwissenschaftlern machten sich daran, eine Erklärung für diese Gesetzmäßigkeit zu finden. Zur Debatte stehen zur Zeit vier Erklärungsmuster, von denen allerdings keines ohne Schwächen ist.

(1) *Parallelität politischer Institutionen.* Durch die Parallelität ihrer politischen Institutionen werde zwischen Demokratien das Sicherheitsdilemma ausgeschaltet (vgl. Fendius Elman 1997: 2; Risse-Kappen 1995b: 496-498; Russett 1993: 38-40). Demnach seien demokratische Entscheidungsverfahren schwerfällig und der Konsensbedarf bei außenpolitischer Gewaltanwendung hoch. Dies führe dazu, dass die Gefahr von Überraschungsangriffen einer Demokratie auf eine andere gering sei. Demokratien müssen in Konflikten mit Artgenossen nicht befürchten, durch militärische Zurückhaltung einen möglicherweise konfliktentscheidenden Eskalationsvorteil zu verspielen. Vielmehr können sie mit hinreichend langen Vorwarnzeiten rechnen, die es ihnen erleichtern, friedliche Wege aus der Konfrontation zu finden.

Gegen die beruhigende Wirkung demokratischer Institutionen spricht die Mobilisierungs- und Eskalationsfähigkeit, die Demokratien in Konflikten mit Autokratien zeigen (Bueno de Mesquita 1999: 791-793; Kahl/Teusch 1998: 243; Nielebock 1993: 187). Denken wir nur an den Einsatz der Royal Navy gegen Argentinien 1984 oder an den amerikanischen Aufmarsch in der saudischen Wüste im Herbst 1991. Auch Israel ist nicht für eine träge Sicherheitspolitik bekannt. Das Vertrauen in die militärische Zurückhaltung anderer Demokratien lässt sich deshalb in zwischendemokratischen Konflikten kaum mit Verweis auf schwerfällige Entscheidungsmechanismen und mühsame Koalitionsverhandlungen begründen. [ 8 ]

(2) *Demokratischer Friede als Abschreckungsfriede.* Bueno de Mesquita und seine Kollegen (1999) stellen fest, dass die politische Zukunft gewählter Regierungen in besonders hohem Maße vom glücklichen Ausgang kriegerischer Konflikte abhängt. Dies habe zu Folge, dass sie militärische Auseinandersetzungen mit geringen Erfolgsaussichten soweit als möglich meiden und in unvermeidlichen oder gewollten Kriegen mit äußerster Härte und Entschlossenheit vorgehen. Im Ergebnis würden sie ihre Auseinandersetzungen tatsächlich überdurchschnittlich oft gewinnen. Dies würde sie in der internationalen Politik zu gefürchteten Gegner machen, was wiederum Rückwirkungen auf den Umgang von Demokratien untereinander habe. Zwischen Demokratien entwickle sich mit anderen Worten ein stabiler Abschreckungsfriede. Staaten dieses Typs, die über vergleichbare Machtpotentiale verfügen, würden einander nicht militärisch herausfordern, weil ihnen dies zu riskant sei. Kleinere Demokratien würden in Konflikten mit größeren nach Verhandlungslösungen suchen und im Zweifelsfall nachgeben.

Auch das Argument von Bueno de Mesquita und seinen Kollegen kann nicht überzeugen. Eine besondere Furcht kleiner Demokratien vor großen und eine entsprechende Zurückhaltung in politischen Konflikten lässt sich nicht feststellen. So spricht innerhalb der Europäischen Union wenig dafür, dass kleine Mitgliedsstaaten in Konflikten mit größeren wegen ihrer militärischen Schwäche in der Regel klein beigeben. Auch fehlen Belege dafür, dass kleine Demokratien innerhalb der EU für politisches oder ökonomisches Fehlverhalten militärisch abgestraft zu werden. Andererseits lässt sich immer wieder beobachten, dass vergleichsweise mächtige Demokratien wie beispielsweise Großbritannien in militarisierten Konflikten mit kleinen Demokratien wie beispielsweise Island nachgegeben haben, ohne dass sie ihre militärische Überlegenheit auch nur ansatzweise ausgespielt hätten (Hellmann/Herboth 2001; Russett/Starr 2000: 108). Und selbst die Supermacht USA hat in der NATO immer wieder Rücksichten auf die legitimen Interessen ihrer Bündnispartner genommen, ohne dass diese über ein überzeugendes Drohpotential verfügt hätten (Risse-Kappen 1995a).

(3) *Parallelität der politischen Kultur.* Eine dritte Gruppe von Autoren führt den demokratischen Separatfrieden auf die Parallelität politischer Kulturen zurück. Demnach sind Demokratien durch eine besondere Wertschätzung friedlicher Konfliktbearbeitungsstrategien und eine grundsätzliche Hochachtung vor dem menschlichen Leben geprägt (Dixon 1994: 14; Maoz/Russett 1993: 625). Gemäß der Innen-Außen-Analogie würden Demokratien dazu tendieren, Innenpolitik und Außenpolitik nach übereinstimmenden Grundsätzen zu gestalten. Diese grundlegende Tendenz werde aber in Beziehungen zu Nicht-Demokratien durch die Sorge außer Kraft gesetzt, dass Kompromiss-Orientierung und Friedfertigkeit als Schwäche interpretiert würden (Rousseau et al. 1996: 521). Um sich vor Ausbeutung zu schützen, würden es sich Demokratien deshalb nur im Umgang miteinander gestatten, ihren Werten freien Lauf zu lassen. Im Umgang mit der nicht-demokratischen Staatenwelt hingegen würden sie ihr Verhalten an den Grundsätzen klassischer Realpolitik ausrichten. Kulturgestützte Friedenserwartungen können sich mit anderen Worten nur *zwischen* Demokratien ausbilden. Gleichzeitig sind sie hier aber auch besonders stabil. [ 9 ]

Es reicht nicht aus, auf eine Kultur der Kompromissbereitschaft und der Gewaltlosigkeit zu verweisen, da genau diese Kultur im erwähnten Umgang großer Demokratien mit schwachen Staaten in Afrika, Asien oder Lateinamerika oftmals nicht wirksam ist. Gleichfalls wenig überzeugend ist es, demokratische Rücksichtslosigkeit mit Ausbeutungssorgen durch Autokratien zu begründen. Dies mag im Umgang mit mächtigen Autokratien zwar stimmen, aber nicht gegenüber Ländern der Dritten Welt. Schließlich sind Demokratien immer wieder bereit, einander militärische Gewalt anzudrohen und in begrenztem Umfang auch gegeneinander anzuwenden wie eine Reihe militarisierter Konflikte zwischen Demokratien zeigt. Woher nehmen dann Demokratien die postulierte Gewissheit von der wechselseitigen Wertschätzung und Friedfertigkeit?

(4) *Parallelität der Präferenzen.* Schließlich wird argumentiert, dass zwischen Demokratien, eben weil es sich um Staaten mit demokratischen Institutionen und einer demokratischen politischen Kultur handelt, keine schwerwiegende Konflikte gebe (vgl. Gartzke 1998, 2000; Kahl 1998: 99; Russett/Starr 2000: 106-108). Der demokratische Separatfrieden ist mit anderen Worten das Resultat einer fundamentalen und kaum erschütterbaren Interessenharmonie zwischen Demokratien. Dieses Argument ist nicht unplausibel, hat aber auch gravierende Schwächen. Zunächst müsste gezeigt werden, dass zwischen Demokratien in der Tat keine gefährlichen Konflikte entstehen. Gefährliche Konflikte sind dabei solche, deren Wahrscheinlichkeit groß ist, dass sie zu Kriegen eskalieren. Zum zweiten beschreibt das Argument in seiner bisherigen Form den demokratischen Frieden mehr als dass es ihn erklärt. Denn es wird nicht gesagt, warum gerade zwischen Demokratien die Interessenharmonie so groß sein soll, dass mögliche Meinungsverschiedenheiten nicht mit Waffengewalt ausgetragen werden.

Das zentrale Rätsel für dyadische Ansätze besteht überspitzt formuliert darin, dass Demokratien von ihresgleichen geliebt und von anderen Staaten gefürchtet werden und dass sich dieses Phänomen bislang gegen jede konsistente akteurszentrierte Erklärung sperrt. Vielmehr scheint es so zu sein, als ob Demokratien die Außenpolitik ihrer *peers* je nach Adressatenkreis unterschiedlich bewerten und dass sie aus dem Verhalten gegenüber Autokratien nicht auf das zu erwartende Verhalten innerhalb der demokratischen Zone schließen. Zumindest erzeugt Gewalt gegen Autokraten kaum Unsicherheit unter Demokraten.

Als Ausweg aus dem dyadischen Erklärungsnotstand schlägt Risse-Kappen (1994; 1995b) eine stärkere Einbindung soziologischer Analysen in die Forschung zum demokratischen Frieden vor. Die bisherigen Arbeiten zeichnen sich in der Tat dadurch aus, dass über die Kombinatorik von Akteursmerkmalen und

deren wechselseitige Wahrnehmung die Interaktionsebene vernachlässigt wurde. Wie erwähnt, spricht einiges dafür, dass sich Demokratien anders verhalten, wenn sie Demokratien begegnen. Aber diese Unterschiede im Verhalten müssen nicht ausschließlich auf variable Akteursmerkmale zurückgeführt werden, sondern können auch etwas mit der Art ihrer Beziehungen zu tun haben. In diesem Zusammenhang stellt Risse-Kappen (1995b: 504-508) die These auf, dass Demokratien deshalb freundschaftlich miteinander umgehen, weil sie sich aufgrund institutioneller Ähnlichkeiten als In-Group wahrnehmen, die sich von einer Out-Group - nämlich der nicht demokratischen Umwelt - abgrenze.

Mit der Abgrenzung gehe zwangsläufig eine Freund-Feind-Unterscheidung einher, die wiederum zur Folge habe, dass Konflikte innerhalb der Gruppe als unproblematisch eingeschätzt würden, während Konflikte mit der Außenwelt als riskant gelten. Die unterschiedliche Wahrnehmung von Konflikten je nach Ähnlichkeit oder Unähnlichkeit der Parteien führe zu selbstverstärkenden Prozessen der Gruppenbildung. Wesensverwandtschaft erzeuge Vertrauen und erleichtere die Zusammenarbeit. Fremdheit erzeuge Misstrauen und erschwere die Zusammenarbeit. Die Beziehungen zwischen *peers* erschienen als vergleichsweise stabil und nützlich, während die Kontakte zur Außenwelt als unzuverlässig und wenig erfreulich wahrgenommen würden. Im Ergebnis würden sich Blöcke herausbilden, die nach innen durch Verständnis und Solidarität gekennzeichnet seien und nach außen auf Unabhängigkeit und Distanz achten würden. Die Blockmitglieder würden ein gemeinsames Interesse am Erhalt ihrer Gruppe entwickeln und seien bereit, Ressourcen zu ihrer Verteidigung zu mobilisieren. Oder als Metapher formuliert: Demokratische Staaten bilden nach dieser Vorstellung aufgrund "genetischer" Übereinstimmungen eine Familie, und wie in jeder intakten Familie verhalten sich die Familienmitglieder untereinander rücksichtsvoller als gegenüber Fremden. Gleichzeitig hätten alle Familienmitglieder ein Interesse daran, sich und ihre Verwandtschaft im gesellschaftlichen Gefüge möglichst gut zu positionieren. Um dies zu erreichen, müssen sie nach außen anders agieren als nach innen. Und solange rücksichtsloses Verhalten gegenüber Fremden der Familie als Ganzer nützt, wird es nicht zum Maßstab innerfamiliärer Verhaltenserwartungen. Entscheidend bleibt dabei, dass die Familienmitglieder eine kollektive Identität - oder auch ein "Wir-Gefühl" - ausgeprägt haben und mehrheitlich von der Wirksamkeit dieser Identität überzeugt sind. Denn in dem Augenblick, in dem eine solche kollektive Identität unterstellt werden kann, können Familienmitglieder vergleichsweise beruhigt sein, dass ihre Interessen von anderen Mitgliedern ernstgenommen und berücksichtigt werden, eben weil diese als Familienmitglieder ihre Interessen unter Einschluss der Interessen anderer Familienmitglieder definieren.

In ihrer bisherigen Form ist allerdings auch die Erklärung des demokratischen Friedens durch die In-Group-Out-Group-Interaktionen noch unbefriedigend. Vor allem drei Schwachpunkte fallen auf:

(i) *Theoretische Defizite in der Erklärung von Gruppenbildungsprozessen.* Die Vermutung, dass Ähnlichkeiten zwischen Staaten gruppenbildend wirken, ist theoretisch unterentwickelt. Sie beschreibt den demokratischen Frieden mehr, als dass sie ihn erklärt. So bleibt unersichtlich, warum gerade politisch-institutionelle Übereinstimmungen und nicht etwa religiöse oder kulturelle Gemeinsamkeiten Staaten zusammenführen, wie Huntington (1996) und Tibi (1995) vermuten. Außerdem hat die Forschung zu innerstaatlichen Konflikten gezeigt, dass Ähnlichkeiten allein nicht ausreichen, um Vertrauen und Solidarität zu erzeugen (vgl. Brown 1997; Nye 1995). Vielmehr lässt sich immer wieder feststellen, dass kollektive Identitäten von Eliten manipuliert, wenn nicht gar konstruiert werden, und dass selbst geringfügige Unterschiede wie beispielsweise die zwischen katholischen und protestantischen Christen in Nordirland oder zwischen sunnitischen und schiitischen Muslimen im Nahen Osten zur Bildung antagonistischer Gruppen taugen. Schließlich ist die Bedeutung von Ähnlichkeiten, wenn sie

denn objektiv feststellbar wären, für die Entstehung von Gruppen ungeklärt. Oder anders formuliert: Bilden Staaten mit demokratischen Herrschaftssystemen automatisch eine In-Group, oder hätte dieser Prozess auch scheitern können? Wenn das Erste der Fall wäre, dann würden beispielsweise Lernprozesse, wie sie von Konstruktivisten betont werden, kaum eine Rolle spielen, da das Ergebnis von Anfang an wegen der gegebenen Akteursmerkmale feststand. Im zweiten Fall wiederum müssten wir fragen, warum der Gruppenbildungsprozess zu einem glücklichen Ende gefunden hat und warum dies zwischen anderen Staaten nicht oder zumindest seltener gelingt. [ [10](#) ]

*(ii) Mangel an empirischen Arbeiten.* Die Vermutung, dass Demokratien auf internationaler Ebene eine kollektive Identität bilden, ist bislang empirisch nur schwach belegt (vgl. Kahl 1998: 135-141). Es gibt zwar sozialpsychologische Untersuchungen, die als indirekte Evidenz angeführt werden könnten. So zeigten sich amerikanische und israelische Studenten in Krisensimulationen deutlich zurückhaltender im Einsatz von Gewalt, wenn ihnen gesagt wurde, dass die Krise von einem demokratischen Staat ausgelöst worden sei (Mintz/Geva 1993). Außerdem zitieren Hermann und Kegley (1995: 516) eine Reihe von Studien, die nahelegen, dass sich politische Eliten in ihren außenpolitischen Entscheidungen durch Feindbilder beeinflussen lassen. Umgekehrt hat sich die Hypothese vom In-Group-Out-Group-Mechanismus bislang vor allem in kleinen Gruppen bewährt (Levy 1989: 262; Leeds/Davis 1997: 816-817). Schon die Übertragung auf die Ebene des Nationalstaates im Rahmen der "Ablenkungsthese" hat (noch) keine konsistenten Ergebnissen gebracht (vgl. Hasenclever 2001: 95-101; Heldt 1997). Vielmehr wurde sichtbar, dass die Wirksamkeit des In-Group-Out-Group-Mechanismus höchst voraussetzungsreich ist (Levy 1989: 260-262; Stein 1976: 144-146). Zum einen muss eine Gruppe sich als Gruppe begreifen und manifestieren, bevor sie solidarisch handeln kann. Zum anderen muss die Gruppe sich als Gruppe bedroht fühlen. Erst dann ist sie zu interner Geschlossenheit fähig. Unter diesen Voraussetzungen ist fraglich, ob wir auf internationaler Ebene von der Bildung kollektiver Identitäten kollektiver Akteure sprechen können. Der gegenwärtige Trend scheint zumindest in die entgegengesetzte Richtung zu gehen. Die Bindewirkung von Nationalstaaten lässt nach und im Gegenzug erstarken Wir-Gruppen auf lokaler oder ethnischer Basis.

*(iii) Die interne Logik des In-Group-Out-Group-Mechanismuses.* Die Wirksamkeit des In-Group-Out-Group-Mechanismuses ist von Gruppenegegnern abhängig (Mercer 1995). Sie bilden den Hintergrund, vor dem die Interaktion mit *peers* als besonders unproblematisch und gewinnbringend erscheint. Auf den demokratischen Frieden übertragen bedeutet dies, dass mit dem Nachlassen der externen Bedrohung durch den Zerfall der Sowjetunion die Zahl der internen Konflikte wieder zunehmen müsste. Owen (2001) erkennt das theoretische Problem, meint aber dass die liberalen Demokratien noch genügend Feinde in der Welt hätten, um sich ihrer gemeinsamen Identität vergewissern zu können. Die neue Front verlaufe dabei zwischen Modernisierungsbefürwortern und -gegnern. Ob diese neue Front tatsächlich ausreicht, um zwischen Demokratien eine In-Group im Sinne einer kollektiven Identität kollektiver Akteure aufrechtzuerhalten, bleibt fraglich. Plausibler scheint zu sein, dass mit dem Ostblock ein gemeinsamer Gegner weggefallen ist und dass jetzt Desintegrationserscheinungen im demokratischen Lager beobachtet werden müssten. Der Konstruktivismus hätte dann ironischerweise ein realistisches Problem.

[Zurück zum Anfang](#)

## 5. Die Synthese: Demokratie, Institutionen und Frieden

Bislang stehen die Forschung zum demokratischen Frieden und die neoliberale Forschung zu internationalen Institutionen unverbunden nebeneinander. [ 11 ] Während im Rahmen der Arbeiten zum demokratischen Frieden unstrittig ist, dass Demokratien (so gut wie) keine Kriege gegeneinander führen, [ 12 ] fehlt bisher eine gute Erklärung bislang gute Gründe zur Erklärung dieses Befunds. Bemerkenswert bleibt aber, dass mit Risse die Fokussierung auf subsystemische Variablen und deren Kombination zugunsten einer stärkeren Berücksichtigung systemischer Variablen aufgegeben wurde. Die Einsicht wächst, dass sich der demokratische Frieden nur begreifen lässt, wenn die zwischendemokratischen Beziehungen in die Analyse miteinbezogen werden. Verglichen mit den Arbeiten zum demokratischen Frieden verfügen neoliberale Ansätze zur Zivilisierung internationaler Politik durch Institutionen zwar über gute Gründe für den von ihnen postulierten Zusammenhang zwischen der Verregeldichte zwischenstaatlicher Beziehungen und ihrer Gewaltanfälligkeit. Herrschende Meinung war allerdings bis Ende der neunziger Jahre, dass für diesen theoretisch ausgewiesenen Zusammenhang die systematische Evidenz fehle. Freilich ist auch in der neoliberalen Forschung in den letzten Jahren einiges in Bewegung geraten. Vor allem zwei Entwicklungen sind für uns von Bedeutung.

(1) Bruce Russett, John R. Oneal und David D. Davis veröffentlichten 1998 einen Artikel in "International Organization", der als kleine Sensation gelten kann. Entgegen der herrschenden Meinung zur friedenspolitischen Irrelevanz internationaler Institutionen zeigten sie, dass ein solcher Zusammenhang zwischen der Einbindung von Staaten in gemeinsame Organisationen und der Gewaltanfälligkeit ihrer Beziehungen durchaus im Rahmen des statistisch Vertretbaren liegt. Oder anders formuliert: Die Wahrscheinlichkeit, dass Institutionen und Frieden *nicht* zusammengehen, ist sehr gering. Dieser Zusammenhang werde zwar oftmals von der Wirkung zweier weiterer von ihnen identifizierten Friedensursachen - demokratische Verfassung der interagierenden Staaten und wirtschaftliche Interdependenzen - überdeckt, gleichwohl bleibe er nachweisbar. Russett und seine Kollegen haben es allerdings bislang versäumt, eine Erklärung für ihren Befund zu entwickeln. Außerdem differenzieren sie nicht zwischen unterschiedlichen Typen internationaler Institutionen. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zählt soviel wie der Beitritt zur Walfangkonvention. Darüber hinaus wird nicht zwischen Institutionen, die ausschließlich von Demokratien getragen werden, und solchen mit gemischter Mitgliedschaft unterschieden.

(2) Die neoliberale Forschung zu internationalen Institutionen gab Anfang der neunziger Jahre ihren systemischen Fokus auf. War man ursprünglich davon ausgegangen, dass die Anreize zur Kooperation vor allem in der interdependenten Umwelt der Staaten entstehen und dass Regierungen als rationale Akteure unabhängig von Regimetyp auf diese Anreize mit dem Aufbau gemeinsamer Institutionen reagieren, so setzte sich jetzt die Einsicht durch, dass Demokratien in besonderem Maße zu regelgeleiteter Kooperation befähigt sind (Gaubatz 1995; Leeds/Davis 1999; Martin 2000; Zürn 1993). In diesem Zusammenhang arbeiteten beispielsweise Harald Müller (1993b) und Friedrich Kratochwil (1993) heraus, dass die Umsetzung internationaler Vereinbarungen in nationales Recht, wie es vor allem für liberale Staaten üblich ist, deren Robustheit durch die Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen qua Parlamentarisierung deutlich erhöht. Außerdem wird die Überwachung von Vereinbarungen durch das Engagement interessierter privater Akteure und den freien Informationsfluss zwischen Demokratien signifikant erleichtert (Levy/Haas/Keohane 1993; Risse-Kappen 1995c). Der theoretisch und praktisch ausgewiesenen Fähigkeit zur Kooperation entspricht die Realität der zwischendemokratischen Beziehungen. Kein anderes Segment der internationalen Politik ist in ähnlich hohem Maße verregelt wie

die zwischendemokratischen Beziehungen (Rittberger 1997: 9f; Shanks/Jacobson/Kaplan 1996: 609).

Aus der Perspektive der skizzierten Entwicklungslinien in den Internationalen Beziehungen liegt es nahe, einen Zusammenhang zwischen der besonderen Kooperationsfähigkeit demokratischer Staaten und dem demokratischen Frieden zu vermuten. Demokratien bekriegen einander nicht, weil sie *als* Demokratien in der Lage sind, Sicherheitskonflikte mit Ihresgleichen zu verregeln und sich auch in den übrigen Problemfeldern auf Prinzipien, Normen, Regeln und Verfahren zur Verhaltenskoordinierung zu einigen. Oder anders formuliert: Demokratien *als* Demokratien erfahren besondere Anreize zur Kooperation mit ihresgleichen und sie verfügen *als* Demokratien über spezifische Fähigkeiten, um die Zusammenarbeit mit ihresgleichen zu organisieren. Deshalb unterscheiden sich die zwischendemokratischen Beziehungen von allen übrigen Beziehungen im internationalen System durch ihren hohen Verregelungsgrad. Sollte sich diese Beobachtung bestätigen, dann wäre es an der Zeit, eine institutionalistische Theorie des demokratischen Friedens aus systemischer Perspektive zu formulieren und empirisch zu überprüfen.

Noch fehlt eine institutionalistische Theorie des demokratischen Friedens aus systemischer Perspektive. Allerdings lassen sich aus der etablierten Kriegsursachenforschung eine Reihe von Vermutungen ableiten, die hierfür die Grundbausteine abgeben könnten. Ausgangspunkt wäre die Benennung allgemeiner Bedingungen, die das Risiko militärischer Konfliktbearbeitung in den internationalen Beziehungen beeinflussen. Wenn wir auf diese Weise "Wege in die Gefahr" identifizieren könnten, dann wäre es möglich, die Leistungen zwischendemokratischer Institutionen bei der Blockade dieser Wege zu untersuchen.

Bekanntlich ist die Kriegsursachenforschung noch weit von einer befriedigenden Theorie des Krieges entfernt. Gleichwohl hat sich die generelle Einsicht durchgesetzt, dass Kriege am Ende mehrstufiger Eskalationsprozesse stehen, und dass wir die Dynamik dieser Eskalationsprozesse verstehen müssen, wenn wir Kriege erklären wollen (Gochmann/Leng 1983; Leng 1993, 2000; Vasquez 1993; 2000). In diesem Zusammenhang fällt zunächst auf, dass nicht alle Konfliktgegenstände in der internationalen Politik gleichermaßen gewaltanfällig sind. Es gibt eine Reihe von Streitigkeiten, die typischerweise nicht mit Gewalt ausgetragen werden (Holsti 1991; Pfetsch/Rohloff 2000). Hierzu zählen beispielsweise Handels- und Ressourcenkonflikte, solange die strittigen Güter oder Ressourcen für die beteiligten Akteure keine strategische Bedeutung haben. Umgekehrt zeigt die Kriegsstatistik, dass Territorialkonflikte, Sicherheitskonflikte und Herrschaftskonflikte besonders gefährliche Konflikte sind. Bevor sie allerdings zu Kriegen eskalieren, müssen in der Regel zwei Voraussetzungen erfüllt sein: (1) Die Konfliktparteien greifen im Verlauf ihrer Auseinandersetzung zu unilateralen Strategien der Selbsthilfe, um die Gegenseite zum Einlenken zu zwingen. Zu solchen Strategien zählen strategische Täuschungen und Drohungen oder auch die Demonstration von Stärke durch unverhältnismäßige Sanktionierung des Opponenten und das Streben nach Eskalationsdominanz. Sobald solche Machtstrategien eingesetzt werden, nimmt das Kriegsrisiko signifikant zu. (2) Die Beziehungen zwischen den Konfliktparteien polarisieren sich. Es entsteht ein Klima der Feindseligkeit, in dem die Akteure in einer ganzen Reihe von Politikfeldern unvereinbare Positionen beziehen und sich als Gegner gegenüberstehen.

Wenn Kriege aus gefährlichen Konflikten entstehen, wenn ihnen der Einsatz unilateraler Machtstrategien vorausgeht und wenn sie nur in der Folge von Polarisierungsprozessen ausbrechen, dann liegt die Frage nahe, ob Demokratien in der Lage sind, mit Hilfe zwischendemokratischer Institutionen gefährliche Konflikte zu verregeln, die Anwendung unilateraler Strategien der Machtpolitik zu behindern und die Polarisierung von Auseinandersetzungen zu vermeiden. Hierzu gibt es noch keine systematischen

Untersuchungen, wohl aber erste theoriegestützte Vermutungen und eine Reihe empirischer Hinweise (vgl. Dembinski/Hasenclever 2001).

## 5.1. Zwischendemokratische Institutionen und die Vermeidung oder Bearbeitung gefährlicher Konflikte [ 13 ]

Quantitative Studien zeigen, dass Allianzen im Allgemeinen keine Gewähr für gewaltfreie Beziehungen *zwischen* den Allianzmitgliedern sind (Geller 2000: 426-427; Ray 2000: 299-300). Das Kriegsrisiko in Bündnissystemen ist statistisch gesehen sogar höher als zwischen unverbündeten Staaten. Allianzen *per se* scheinen mithin das Sicherheitsdilemma in den internationalen Beziehungen nicht nachhaltig zu beeinflussen. Vielmehr schließen sich immer wieder auch solche Staaten gegen eine externe Bedrohung zusammen, die sich wechselseitig als potentielle Gegner und damit als Sicherheitsrisiko wahrnehmen (Bennett 1996; Wolf 2001).

Im krassen Gegensatz zu diesem allgemeinen Befund steht die spezifische Beobachtung, dass Demokratien nicht nur keine Kriege gegeneinander führen, sondern dass Allianzen demokratischer Staaten auch außergewöhnlich stabil sind (vgl. Gaubatz 1996: 136-137; Russett/Starr 2000: 106; Siverson/Emmons 1991: 285). Diese bemerkenswerte Stabilität zwischendemokratischer Allianzen lässt sich dahin interpretieren, dass Demokratien im Unterschied zu Autokratien in besonderer Weise befähigt sind, Sicherheit *nach innen* zu organisieren. Sie können ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik offenkundig so auf gemeinsame Ziele ausrichten, dass kein Bündnispartner fürchten muss, durch die Zusammenarbeit strategische Nachteile zu erleiden.

Die NATO beispielsweise entstand 1949 als kollektives Verteidigungsbündnis gegen die Sowjetunion. Schon bald nach der Gründung war allen Allianzmitgliedern klar, dass Westeuropa ohne deutsche Truppen im Ernstfall verloren sein würde. Deshalb mussten Mittel und Wege gefunden werden, den notwendigen deutschen Verteidigungsbeitrag so zu organisieren, dass sowohl die Sorgen Frankreichs vor einem wiedererstarkenden Deutschland gemildert wurden als auch die deutschen Sicherheitsinteressen gewahrt blieben. [ 14 ] Genau diese Funktionen wurden von der NATO übernommen (vgl. Loth 1990: 113; Trachtenberg 1999: 96-140). Die deutschen Streitkräfte wurden fest in das Bündnis integriert. Sie sollten strukturell unfähig sein, in Europa unilateral aktiv zu werden. Darüber hinaus festigte die NATO die amerikanische Präsenz auf dem alten Kontinent. Dies wurde in den Hauptstädten Europas als doppelte Sicherheitsgarantie wahrgenommen: Deutschland wurde notfalls mit Macht an seinem Platz im Bündnis gehalten, und der Sowjetunion wurde ein Ausgreifen auf Westeuropa verwehrt. Mit der Eindämmung des sowjetischen Einflusses wiederum wurden die legitimen Sicherheitsinteressen Deutschlands befriedigt. Es hatte mithin kaum die Möglichkeit, noch nachvollziehbare Anreize zur Renationalisierung seiner Verteidigungspolitik.

Die NATO lebte und lebt von der Zuverlässigkeit der amerikanischen Bündniszusagen und der Erwartung deutscher Kooperationsbereitschaft. Nur solange, wie die Allianzpartner überzeugt waren, dass Westeuropa im Ernstfall mit amerikanischen Atomwaffen verteidigt werden würde, und nur solange, wie klar war, dass Deutschland keine unilaterale Machtpolitik betreiben würde, konnte eine Renationalisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausgeschlossen werden. Aus der Geschichte der NATO wissen wir, dass das Bündnis in beiderlei Hinsicht nicht von Zweifeln verschont blieb. Immer wieder mußten strategische Konzepte beispielsweise im Rahmen des sogenannten

NATO-Doppelbeschlusses überdacht werden, um die Macht des fernen Partners USA verlässlich in Europa zu binden. Und auch die Ostpolitik Willy Brandts in den frühen siebziger Jahren oder die Vereinigungspolitik Helmut Kohls anfang der neunziger Jahre haben in der Allianz für Irritationen gesorgt. Gleichwohl führten sie nie zum Zusammenbruch der Kooperation, auch wenn Frankreich 1966 unter Charles de Gaulle aus der militärischen Organisation des Bündnisses ausschied und sich auf die politische Mitarbeit beschränkte.

Es lässt sich vermuten, dass die NATO ihre Krisen überstanden hat, weil Demokratien in der Sicherheitspolitik außergewöhnlich berechenbare Partner sind. Sie sind in der Lage, gemeinsame Ziele zu vereinbaren und ihre kollektiven Anstrengungen kontrollierbar auf diese Ziele auszurichten. Alle sicherheitspolitischen Entscheidungen, die mit den Vereinbarungen unvereinbar sind, sind prima facie verdächtig und entsprechend begründungspflichtig. Gleichzeitig verfügen Demokratien wegen der Transparenz ihrer politischen Entscheidungsprozesse über genügend Informationen, um zumindest die mittelfristigen Intentionen ihrer Partner zuverlässig einschätzen zu können. Deshalb bleibt zwischen ihnen das Sicherheitsdilemma solange latent, wie sie bereit sind, ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen von Institutionen aufeinander abzustimmen. Denn durch die vertragliche Fixierung der Kooperation und durch die Beobachtbarkeit der sicherheitspolitischen Praxis der Vertragsparteien verlängern sich zwischen Demokratien die Vorwarnzeiten. Veränderungen in der außenpolitischen Willensbildung werfen lange Schatten voraus und einseitige Vorteile aus der kurzfristigen Verletzung von Vereinbarungen lassen sich kaum ziehen.

## **5.2. Zwischendemokratische Institutionen und die Vermeidung gefährlicher Strategien**

Die Verregelung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zwischen Demokratien wiederum unterstützt die Enthierarchisierung der Politikfelder. [ 15 ] Die sektorale Verregelungsdichte in Europa kann zunehmen, und mit ihr sinken die Anreize, bei politikfeldspezifischen Konflikten auf unilaterale Strategien der militärischen Selbsthilfe zurückzugreifen. Der mögliche Schaden wächst, den ein Abbruch von Austauschbeziehungen als Folge wechselseitiger Drohgebärden verursachen würde. Außerdem wird der ultimative Bezugspunkt von Drohungen, nämlich der Einsatz militärischer Gewalt, durch die bestehenden sicherheitspolitischen Institutionen unglaubwürdig. Schließlich müssen demokratische Regierungen damit rechnen, für erfolglose Drohungen und die damit verbundenen Kooperationverluste von ihren Gesellschaften abgestraft zu werden. So weisen eine Reihe von Untersuchungen darauf hin, dass die Androhung von Waffengewalt gegen eine andere Demokratie von den Bürgern und Bürgerinnen generell als politisches Versagen bewertet wird (vgl. Geva/DeRouen/Mintz 1993). Wo aber Zwang kontraproduktiv ist, und wo eine begründete Erwartung besteht, dass andere Staaten Vereinbarungen einhalten, da werden prinzipiengeleitete Verhandlungen zum Mittel der Wahl bei der Bearbeitung von Konflikten. Und in der Tat können wir beobachten, dass Demokratien ungewöhnlich oft bei internationalen Streitigkeiten auf organisierte Streit-schlichtungsverfahren zurückgreifen (Leeds/Davis 1999; Dixon 1994).

## **5.3. Zwischendemokratische Institutionen und die Vermeidung von Polarisierungsprozessen**

Schließlich kann vermutet werden, dass Institutionen zwischen Demokratien besonders robust sind.

Krisen in einem Politikfeld werden isoliert bearbeitet und die Gefahr, dass sie die Zusammenarbeit in anderen Politikfeldern stören könnten, ist gering. [ 16 ] Denn zwischendemokratische Institutionen haben tiefe Wurzeln in den beteiligten Gesellschaften. Sie werden in der Regel in nationales Recht umgesetzt, und es bilden sich organisierte Gruppen, die ein eigenes Interesse an der Kooperation in einem Politikfeld entwickeln. Wegen der Verankerung zwischendemokratischer Institutionen in den beteiligten Gesellschaften ist ihre Anfälligkeit für Krisen in benachbarten Politikfeldern vergleichsweise gering. Demokratisch gewählte Regierungen haben kein Interesse daran, dass sich Konflikte ausweiten und damit auch die von Auseinandersetzungen betroffenen Bevölkerungsgruppen größer werden. Gleichzeitig müssen Regierungen nicht fürchten, dass sich politikfeldspezifische Benachteiligungen in positionale Gesamtverluste ihrer Staaten umsetzen. Die Verwendung von Gewinnen lässt sich in Demokratien vergleichsweise gut kontrollieren und ihr strategischer Gebrauch zur Erhöhung nationaler Machtmittel lässt sich nicht lange verbergen.

Aus der Perspektive einer institutionellen Analyse erscheint der demokratische Frieden also als Folge eines selbstverstärkenden Kooperationsprozesses zwischen Akteuren, die in besonderer Weise kooperationsfähig sind. Internationale Institutionen zwischen Demokratien minimieren Sicherheitsrisiken und schaffen Vorwarnzeiten. Die Vorwarnzeiten werden genutzt, um gemeinsame Interessen in anderen Politikfeldern zu realisieren. Auch dies geschieht im Rahmen internationaler Institutionen, die darüber hinaus mit Mechanismen der politikfeldspezifischen Streitschlichtung ausgestattet sind. Konflikte werden unter Rückgriff auf etablierte Prinzipien und Verfahren bearbeitet. Sollte ihre Bearbeitung im Einzelfall nicht gelingen, kann ein Konflikt vergleichsweise einfach von den Gesamtbeziehungen isoliert und eingefroren werden. Weil zwischendemokratische Institutionen für Demokratien von großem Vorteil sind, entwickeln sie ein genuines Interesse an ihrer Aufrechterhaltung. Dies schließt einen Zusammenbruch nicht aus, macht ihn aber unwahrscheinlich. Denn wer einmal zum Club gehört, der will auf seine Vorteile nicht verzichten.

[Zurück zum Anfang](#)

---

## **6. Schlussbemerkung: Warum Tübingen für die Erarbeitung einer institutionellen Theorie des demokratischen Friedens bestens präpariert ist**

Wenn ich die Trends in den Internationalen Beziehungen richtig deute, dann spricht vieles dafür, dass eine institutionalistische Theorie des demokratischen Friedens aus systemischer Perspektive in der Luft liegt. Sie erscheint als Konsequenz etablierter Ansätze und ihrer Schwächen. Außerdem greift sie eine Vermutung auf, die in der europäischen Politik weite Anerkennung genießt. So sehr sich die Wissenschaft über die zivilisierenden Effekte der Europäischen Union und ihrer Institutionen ausschweigt, so sehr sind sie im öffentlichen Diskurs eine immer wieder beschworene Selbstverständlichkeit.

Die zivilisierende Funktion internationaler Institutionen wäre nun generell, dass sie "Wege in die Gefahr" blockieren. Sie verregeln die Sicherheitspolitik, so dass Bedrohungsperzeptionen nicht entstehen, sie behindern den Einsatz unilateraler Selbsthilfestrategien, und sie wirken der Polarisierung von Beziehungen entgegen. Zugunsten einer institutionalistischen Theorie des demokratischen Friedens müsste sich dann plausibel argumentieren lassen, dass zwischendemokratische Institutionen diese

Funktionen in besonderem Maße erfüllen und dass deshalb zwischendemokratische Institutionen das spezifische Merkmal auf der Interaktionsebene sind, das die Beziehungen innerhalb der demokratischen Friedenszone von denen jenseits dieser Zone unterscheidet. Dies ist im Letzten eine empirische Frage und muss durch empirische Forschung beantwortet werden. Hierbei bieten sich Studien an, die darauf angelegt sind, die Leistungen zwischendemokratischer Institutionen in Westeuropa bei der Bearbeitung der drei genannten Eskalationsfaktoren mit denen nicht-demokratischer Institutionen beispielsweise in Asien oder Lateinamerika zu vergleichen.

Die IB-Forschung in Tübingen wäre für die Entwicklung und Überprüfung einer solchen institutionellen Theorie des demokratischen Friedens aus systemischer Perspektive bestens geeignet. (1) Tübingen ist fest in der Friedens- und Konfliktforschung verwurzelt (vgl. Rittberger 1993; Rittberger/Hummel 1990; Schimmelfennig 1995). (2) In Tübingen fand eine intensive Beschäftigung mit der Integrationsforschung statt (vgl. Hrbek 1993; Rittberger 1970, 1989, 1994b). (3) Tübingen ist in der Regimeforschung international anerkannt (vgl. Hasenclever/Mayer/Rittberger 1997, 2000; Rittberger 1993; Rittberger/Zürn 1990). (4) In Tübingen wurde eine Reihe wichtiger theoretischer Arbeiten zum demokratischen Frieden publiziert (vgl. Nielebock 1993; Rittberger 1987; Rittberger/Kittel 1996). (5) In Tübingen wurde zur Vereinbarkeit systemischer und subsystemischer Analysen geforscht (vgl. Kittel/Rittberger/Schimmelfennig 1995; Rittberger 2001). Angesichts dieses intellektuellen Kapitals hätte die politikwissenschaftliche Forschung in Deutschland viel zu gewinnen, wenn sich Tübingen an der Weiterentwicklung der Theoriebildung zum demokratischen Frieden in Europa und der Welt beteiligen würde.

[Zurück zum Anfang](#)

---

## Literatur

- Baldwin, David A. (Hrsg.) 1993: Neorealism and Neoliberalism: The Contemporary Debate, New York: Columbia University Press.
- Barkawi, Tarak/Lafey, Mark 1999: The Imperial Peace: Democracy, Force and Globalization, in: European Journal of International Relations 5:4, 403-434.
- Bellers, Jürgen/Häckel, Erwin 1990: Theorien internationaler Integration und internationaler Organisationen, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen: Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven (PVS Sonderheft 21), Opladen: Westdeutscher Verlag, 286-310.
- Bennett, D. Scott 1996: Security, Bargaining, and the End of Interstate Rivalry, in: International Studies Quarterly 40:2, 157-184.
- Brooks, Stephen G. 1997: Dueling Realism, in: International Organization 51:3, 445-477.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Morrow, James/ Siverson, Randolph M./Smith, Alastair, 1999: An Institutional Explanation of the Democratic Peace, in: American Political Science Review 93:4, 791-807.
- Brown, Michael E. 1997: The Causes of Internal Conflict: An Overview, in: Ders. (ed): Nationalism and Ethnic Conflict: An International Security Reader, Cambridge, MA: MIT Press, 3-25.

- Brzoska, Michael 1991: Warum gibt es so wenige Atomwaffenstaaten? Zum Erklärungswert verschiedener theoretischer Ansätze, in: Politische Vierteljahresschrift 32:1, 34-55.
- Caporaso, James A./Keeler, John T.S. 1995: The European Union and Regional Integration Theory, in: Rhodes, Carolyn/Mazey, Sonia (Hrsg.): The State of the European Union. Building a European Polity, Boulder, Col.: Lynne Rienner, 31-62.
- Clemens, Clay (Hrsg.) 1997: NATO and the Quest for Post-Cold War Security, London: Macmillan Press.
- Cohen, Raymond 1994: Pacific Unions: A Reappraisal of the Theory That Democracies Do Not Go to War with Each Other, in: Review of International Studies 20:2, 202-232.
- Cohen, Raymond 1995: Needed: A Disaggregate Approach to the Democratic Peace Theory, in: Review of International Studies 21:2, 345-386.
- Cowhey, Peter F. 1993, Elect Locally - Order Globally: Domestic Politics and Multilateral Cooperation, in: Ruggie, John Gerard (Hrsg.), Multilateralism Matters: the Theory and Praxis of an Institutional Form, New York: Columbia University Press, 157-200.
- Czempiel, Ernst-Otto 1996: Kants Theorem. Oder: Warum sind die Demokratien (noch immer) nicht friedlich?, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3:1, 79-101.
- Czempiel, Ernst-Otto <sup>2</sup>1998: Friedensstrategien: eine systematische Darstellung außenpolitischer Theorien von Machiavelli bis Madariaga, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Czempiel, Ernst-Otto 1999: Europas Ordnungen 1999. Ereignisse und Überlegungen an der Jahrhundertwende, HSFK-Report 7/1999.
- Dembinski, Matthias 2000: Perspektiven der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, HSFK-Report 11/2000, Frankfurt a. M.: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.
- Dembinski, Matthias/Hasenclever, Andreas 2001: Democracies, International Organization and Conflict, Another Way of Exploring the Democratic Peace - A Research Project, Paper presented at the 42. Annual Convention of the International Studies Association in Chicago.
- Deutsch, Karl et al. 1957: Political Community and the North Atlantic Area, Princeton: Princeton University Press.
- Deutsch, Karl et al. 1967: France, Germany and the Western Alliance. A Study of Elite Attitudes on European Integration and World Politics, New York: Charles S. Scribner's Sons.
- Dinan, Desmond 1994: Ever Closer Union. An Introduction to the European Community, London: MacMillan Press.
- Dixon, William 1994: Democracy and the Peaceful Settlement of International Conflict, in: American Political Science Review 88:1, 14-32.
- Duffield, John 1994: Explaining the Long Peace in Europe: The Contributions of Regional Security Regimes, in: Review of International Studies 20:3, 369-388.

- Duffield, John 1992: International Regimes and Alliance Behavior: Explaining NATO Conventional Force Levels, in: *International Organization* 46:4, 819-855.
- Efinger, Manfred 1991: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Entstehungsbedingungen effektiver Verifikationsvereinbarungen im Politikfeld Sicherheit, Baden-Baden: Nomos.
- Efinger, Manfred/Rittberger, Volker/Zürn, Michael 1988: Internationale Regime in den Ost-West-Beziehungen. Ein Beitrag zur Erforschung der friedlichen Behandlung internationaler Konflikte, Frankfurt: Haag + Herchen.
- Efinger, Manfred/Rittberger, Volker/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael 1990: Internationale Regime und internationale Politik, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen: Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven* (PVS Sonderheft 21), Opladen: Westdeutscher Verlag, 263-285.
- Fearon, James D. 1998: Bargaining, Enforcing, and International Organizations, in: *International Organization* 52:2, 269-305.
- Fendius Elman, Miriam 1997: Introduction: The Need for a Qualitative Test of the Democratic Peace Theory, in: Dies. (Hrsg.): *Paths to Peace. Is Democracy the Answer?* Cambridge, MA.: MIT Press, 1-57.
- Gartzke, Erik 1998: Kant We All Just Get Along? Opportunity, Willingness, and the Origin of the Democratic Peace, in: *American Journal of Political Science* 42:1, 1-27.
- Gartzke, Erik 2000: Preferences and the Democratic Peace, in: *International Studies Quarterly* 44:2, 191-212.
- Gaubatz, Kurt Taylor 1996: Democratic States and Commitment in International Relations, in: *International Organization* 50:1, 109-139.
- Geeraerts, Gustaaf/Stouthuysen, Patrick (Hrsg.) 1999: *Democratic Peace for Europe: Myth or Reality?*, Brussels, VUB University Press.
- Geller, Daniel S. 2000: Explaining War. Empirical Patterns and Theoretical Mechanisms, in: Midlarsky, Manus I. (Hrsg.): *Handbook of War Studies II*, Ann Arbor: University of Michigan Press, 407-449.
- Geller, Daniel S./Singer, David J. 1998: *Nations at War. A Scientific Study of International Conflict*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Geva, Nehmia/DeRouen, Karl R./Mintz, Alex 1993: The Political Incentive Explanation of the "Democratic Peace": Evidence from Experimental Research, in: *International Interactions* 18:3, 215-229.
- Gleditsch, Nils Petter 1995: Democracy and the Future of the European Peace, in: *European Journal of International Relations* 1:4, 539-571.
- Gleditsch, Nils Petter/Hegre, Havard 1997: Peace and Democracy. Three Levels of Analysis, in: *Journal of Conflict Resolution* 41:2, 283-310.
- Gochmann, Charles S./Leng, Russell J. 1983: Realpolitik and the Road to War, in: *International Studies Quarterly* 27:1, 97-120.
- Gordon, Philip H. (Hrsg.) 1997: *NATO's Transformation. The Changing Scope of the Atlantic Alliance*,

Lanham, Boulder: Rowman & Littlefield Publishers.

Gowa, Joanne 1999: *Ballots and Bullets: The Elusive Democratic Peace*, Princeton: Princeton University Press.

Grieco, Joseph 1988: *Anarchy and the Limits of Cooperation: a Realist Critique of the Newest Liberal Institutionalism*, in: *International Organization* 42:3, 485-507.

Haas, Ernst B. 1968: *The Uniting of Europe*, Stanford: Stanford University Press.

Haas, Ernst B. 1975: *The Obsolescence of Regional Integration Theory*, Berkley.

Haftendorn, Helga 1997: *Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen. Eine Einführung*. in: Haftendorn, Helga/Keck, Otto (Hrsg.): *Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen*, Baden-Baden, 11-34.

Haftendorn, Helga/Keck, Otto (Hrsg.) 1997: *Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen*, Baden-Baden.

Haftendorn, Helga/Keohane, Robert/Wallander, Celeste (Hrsg.) 1999: *Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space*, Oxford: Oxford University Press.

Harrison, R.J. 1990: *Neo-Functionalism*, in: Groom, A.J.R./Taylor, Paul (Hrsg.): *Frameworks for International Cooperation*, London: Pinter Publishers, 139-150.

Hasenclever, Andreas 2001: *Die Macht der Moral in der internationalen Politik. Militärische Interventionen westlicher Staaten in Somalia, Ruanda und Bosnien-Herzegowina*, Frankfurt: Campus.

Hasenclever, Andreas/Meyer, Peter/Rittberger, Volker 1997: *Theories of International Regimes*, Cambridge: Cambridge University Press.

Hasenclever, Andreas/Meyer, Peter/Rittberger, Volker 2000: *Integrating Theories of International Regimes*, in: *Review of International Studies*, 26:1, 3-33.

Heldt, Birger 1997: *The Dependent Variable of the Domestic-External Conflict Relationship: Anecdotes, Theories and Systematic Studies*, in: *Journal of Peace Research* 34:1, 101-106.

Hellmann, Gunther/Herboth, Benjamin 2001: *Democratic Peace and Militarized Interstate Disputes in the Transatlantic Community*, Paper presented at the 42. Annual Convention of the International Studies Association in Chicago.

Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard 1993: *Neorealism, Neoliberal Institutionalism, and the Future of NATO*, in: *Security Studies* 3:1, 3-43.

Hermann, Margaret G./Kegley, Charles W. Jr. 1995: *Rethinking Democracy and International Peace: Perspectives from Political Psychology*, in: *International Studies Quarterly* 39:4, 511-533.

Hoffmann, Stanley 1968: *Obstinate or Obsolete? The Fate of the Nation State and the Case of Western Europe*, in: Nye, Joseph (Hrsg.): *International Regionalism*, Boston: Little Brown, 177-230.

Holsti, Kalevi J. 1991: *Peace and War: Armed Conflict and International Order 1648-1989*, Cambridge: Cambridge University Press.

- Hrbek, Rudolf 1993: Europa in der internationalen Politik, in: Boeckh, Andreas (Hrsg.): Lexikon der Politik, Bd. 6: Internationale Beziehungen, 131-150.
- Huntington, Samuel P. 1996: Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Wien: Europa-Verlag.
- Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate 1996: Einleitung: Regieren im dynamischen Mehrebenensystem, in: Dies. (Hrsg.): Europäische Integration, Opladen: Leske + Budrich, 15-44.
- Jervis, Robert 1983: Security Regimes, in: Krasner, Stephen D. (Hrsg.): International Regimes, Ithaca, NY: Cornell University Press, 173-194.
- Kahl, Colin H. 1999: Constructing a Separate Peace: Constructivism, Collective Liberal Identity, and Democratic Peace, in: Security Studies 8:1, 94-144.
- Kahl, Martin/Teusch, Ulrich 1999: Zur Bedeutung interner Verfaßtheit für das auswärtige Verhalten von Staaten, in: Masala, Carlo/Roloff, Ralf (Hrsg.): Herausforderungen in der Realpolitik. Beiträge zur Theoriebildung in der Internationalen Politik, Köln, 227-268.
- Keohane, Robert O. 1989: Neoliberal Institutionalism: A Perspective on World Politics, in: Ders. (Hrsg.): International Institutions and State Power, Boulder, Col.: Westview Pres, 1-20.
- Keohane, Robert O./Hoffmann, Stanley 1991: Institutional Change in Europe in the 1980s, in: Dies. (Hrsg.): The New European Community. Decisionmaking and Change, Boulder, Col.: Westview Press, 1-39.
- Keohane, Robert O./Martin, Lisa 1995: The Promise of Institutional Theory, in: International Security 20:1, 39-51.
- Keohane, Robert O./Nye, Joseph S., Jr. 1977: Power and Interdependence: World Politics in Transition, Boston, Mass.: Little, Brown.
- Kittel, Gabriele/Rittberger, Volker/Schimmelfennig, Frank 1995: Staatenmerkmale und Außenpolitik: Untersuchungsdesign und Hypothesen, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): Anpassung oder Austritt: Industriestaaten in der UNESCO-Krise. Ein Beitrag zur vergleichenden Außenpolitikforschung, Berlin: Ed. Sigma, 53-82.
- Kohler-Koch, Beate 1989: Zur Empirie und Theorie internationaler Regime, in: Dies. (Hrsg.): Regime in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden: Nomos, 17-85.
- Krasner, Stephen D. 1983: Structural Causes and Regime Consequences: Regimes as Intervening Variables, in: Ders. (Hrsg.): International Regimes, Ithaca, NY: Cornell University Press, 1-21.
- Krasner, Stephen D. 1991: Global Communication and National Power. Life on the Pareto Frontier, in: World Politics 43:3, 336-366.
- Kratochwil, Friedrich V. 1993: Contract and Regimes: Do Issue Specificity and Variations of Formality Matter?, in: Rittberger, Volker (with the assistance of Peter Mayer) (Hrsg.): Regime Theory and International Relations, Oxford: Clarendon Press, 73-93.
- Kratochwil, Friedrich V./Ruggie, John Gerard 1986, International Organization: a State of the Art on an

Art of the State, in: *International Organization* 40:4, 753-775.

Kreft, Michael 1997: Die Europäische Integration als Sicherheitsinstitution, in: Haftendorn, Helga/Keck, Otto (Hrsg.): *Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen*, Baden-Baden, 165-190.

Kriesberg, Louis 1998: *Constructive Conflicts. From Escalation to Resolution*, Lanham et al.: Rowman & Littlefield Publishers.

Layne, Christopher 1994: Kant or Cant? The Myth of the Democratic Peace, in: *International Security* 19:2, 5-49.

Leeds, Brett Ashley/Davis, David D. 1997: Domestic Political Vulnerability and International Disputes, in: *Journal of Conflict Resolution* 41:6, 814-834.

Leeds, Brett Ashley/Davis, David R. 1999: Beneath the Surface: Regime Type and International Interaction, in: *Journal of Peace Research* 36:1, 5-21.

Leng, Russell J. 1993: Reciprocating Influence Strategies in Interstate Crisis Bargaining, in: *Journal of Conflict Resolution* 37:1, 3-41.

Leng, Russell J. 2000: Escalation: Crisis Behavior and War, in: Vasquez, John A. (Hrsg.): *What Do We Know About War*, Lanham et al.: Rowman & Littlefield Publishers, 235-258.

Levy, Marc A./Keohane, Robert O./Haas, Peter M. 1993: Improving the Effectiveness of International Environment Institutions, in: Haas, Peter M./Keohane, Robert O./Levy, Marc A. (Hrsg.): *Institutions for the Earth: Sources of Effective International Environmental Protection*, Cambridge, Mass.: MIT Press, 397-426.

Levy, Jack S. 1988: Domestic Politics and War, in: Rotberg, Robert J./Rabb, Theodore K. (Hrsg.): *The Origin and Prevention of Major Wars*, Cambridge: Cambridge University Press, 79-99.

Levy, Jack S. 1989: The Divisionary Theory of War: A Critique, in: Midlarsky, Manus L. (Hrsg.): *Handbook of War Studies*, Boston: Unwin Hyman, 259-288.

Lipgens, Walter 1986: 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung. Dokumente 1939-1984. Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments, Bonn: Europa Union Verlag.

Lipson, Charles 1985: International Cooperation in Economic and Security Affairs, in: *World Politics* 38:1, 1-23.

List, Martin 1991: Umweltschutz in zwei Meeren: Vergleich der internationalen Zusammenarbeit zum Schutz der Meeresumwelt in Nord- und Ostsee, München: Tuduv.

Loth, Wilfried 1990: *Der Weg nach Europa*, Göttingen: Vandenhoeck.

Maoz, Zeev/Russett, Bruce 1993: Normative and Structural Causes of Democratic Peace, 1946-1986, in: *American Political Science Review* 87:3, 624-638.

Martin, Lisa 2000: *Democratic Commitments. Legislatures and International Cooperation*, Princeton: Princeton University Press. McCalla, Robert B. 1996: NATO's Persistence After the Cold War, in:

International Organization 50:3, 445-475.

McMillan, Susan M. 1997: Interdependence and Conflict, in: *Mershon International Studies Review* 41:1, 33-58.

Mearsheimer, John 1990: Back to the Future, *International Security* 15:1, 5-56.

Mearsheimer, John J. 1994/95: The False Promise of International Institutions, in: *International Security* 19:3, 5-49.

Mendler, Martin 1990: Working Conditions of Foreign Journalists in East-West Relations: Regulating a Conflict about Values without Regime, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): *International Regimes in East-West Politics*, London: Pinter, 216-249.

Mercer, Jonathan 1995: Anarchy and Identity, in: *International Organization* 49:2, 229-252.

Mintz, Alex/Geva, Nehmia 1993: Why Don't Democracies Fight Each Other? An Experimental Assessment of the "Political Incentive" Explanation, in: *Journal of Conflict Resolution* 37:4, 484-503.

Moravcsik, Andrew 1996: Federalism and Peace: A Structural Liberal Perspective, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3:1, 123-132.

Müller, Harald 1989: Regimeanalyse und Sicherheitspolitik: Das Beispiel Nonproliferation, in: Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): *Regime in den internationalen Beziehungen*, Baden-Baden: Nomos, 277-313.

Müller, Harald 1993a: *Die Chance der Kooperation: Regime in den internationalen Beziehungen*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Müller, Harald 1993b: The Internalization of Principles, Norms, and Rules by Governments: the Case of Security Regimes, in: Rittberger, Volker (with the assistance of Peter Mayer) (Hrsg.): *Regime Theory and International Relations*, Oxford: Clarendon Press, 361-388.

Nielebock, Thomas 1993: Frieden zwischen Demokratien: Ein empirisches Gesetz in der Internationalen Beziehung auf der Suche nach seiner Erklärung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 22:2, 179-193.

Nye, Joseph S., Jr. 1986: *Peace in Parts. Integration and Conflict in Regional Organization*, Boston: Little, Brown & Company.

Nye, Joseph S., Jr. 1987: Nuclear Learning and U.S.-Soviet Security Regimes, in: *International Organization* 41:3, 371-402.

Nye, Joseph S., Jr. 1995: Conflicts after the Cold War, in: *The Washington Quarterly* 19:1, 5-24.

Oneal, John. R./Oneal, Frances H./Maos, Zeev/Russett, Bruce 1996: The Liberal Peace: Interdependence, Democracy, and International Conflict, in: *Journal of Peace Research* 33:1, 11-28.

Owen, John M. 1994: How Liberalism Produce Democratic Peace, in: *International Security* 19:2, 87-125.

Owen, John M. 2001: *Pieces of Maximal Peace: Common Identities, Common Enemies*,

unveröffentlichtes Manuskript.

Peters, Ingo 1997: Von der KSZE zur OSZE: Überleben in der Nische kooperativer Sicherheit, in: Haftendorn, Helga/Keck, Otto (Hrsg.): Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden: Nomos, 57-100.

Pfetsch, Frank R. 1997: Die Europäische Union. Eine Einführung, München: Wilhelm Fink Verlag.

Pfetsch, Frank R./Rohloff, Christoff 2000: National and International Conflicts, 1945-1995: New Empirical and Theoretical Approaches, London: Routledge.

Ray, James Lee 2000: Democracy: On the Level(s), Does Democracy Correlate with Peace?, in: Vasquez, John A. (Hrsg.): What Do We Know About War?, Lanham et al.: Rowman & Littlefield Publishers, 299-316.

Reiter, Dan 1995: Exploding the Powder Myth: Preemptive Wars Almost Never Happen, in: International Security 20:2, 5-34.

Risse-Kappen, Thomas 1994: Wie weiter mit dem "demokratischen Frieden"? in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1:2, 367-379.

Risse-Kappen, Thomas 1995a: Cooperation Among Democracies. The European Influence on U.S. Foreign Policy, Princeton: Princeton University Press.

Risse-Kappen, Thomas 1995b: Democratic Peace - Warlike Democracies? A Social Constructivist Interpretation of the Liberal Argument, in: European Journal of International Relations 1:4, 491-517.

Risse-Kappen, Thomas 1995c: Bringing Transnational Relations Back In: Introduction, in: Ders. (Hrsg.): Bringing Transnational Relations Back In: Non-state Actors, Domestic Structures and International Institutions, Cambridge: Cambridge University Press, 3-33.

Risse-Kappen, Thomas 1996: Collective Identity in a Democratic Community: The Case of NATO, in: Katzenstein, Peter J. 1996: The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York: Columbia University Press, 357-399.

Rittberger, Volker 1970: Westeuropäische Integration - Fortschritt oder Stagnation? in: Politische Vierteljahresschrift, 11: 2/3, 342-354.

Rittberger, Volker 1987: Zur Friedensfähigkeit von Demokratien. Betrachtungen zur politischen Theorie des Friedens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44:3-12.

Rittberger, Volker 1989: Frieden durch Assoziation und Integration? Anmerkungen zum Stande der Forschung über Internationale Organisation und Regime, in: Moltmann, Bernhard/Senghaas-Knobloch, Eva (hrsg.) Konflikte in der Weltgesellschaft und Friedensstrategien, Baden-Baden: Nomos, 183-205.

Rittberger, Volker 1993: Research on International Regimes in Germany: the Adaptive Internalization of an American Social Science Concept, in: Rittberger, Volker (with the assistance of Peter Mayer) (Hrsg.): Regime Theory and International Relations, Oxford: Clarendon Press, 3-22.

Rittberger, Volker 1994a, unter Mitarbeit von Bernhard Zangl: Internationale Organisationen. Politik und Geschichte, Opladen: Leske + Budrich.

- Rittberger, Volker 1994b: Europa am Ende vor der Jahrhundertwende? Euro-optimistische und euro-pessimistische Perspektiven, in: Europäische Antagonismen, hrsg. vom Schweizer Institut für Auslandsforschung, Band 23, Zürich: Verlag Ruediger, 11-32.
- Rittberger, Volker (Hrsg.) 2001: Foreign Policy of the New Germany. Theories and Case Studies. Manchester: Manchester University Press 2001.
- Rittberger, Volker/Hummel, Hartwig 1990: Die Disziplin "Internationale Beziehungen" im deutschsprachigen Raum auf der Suche nach ihrer Identität: Entwicklung und Perspektiven, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen: Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven (PVS Sonderheft 21), Opladen: Westdeutscher Verlag, 17-47.
- Rittberger, Volker/Kittel, Gabriele 1996: Föderalistische Konfliktbewältigung. Der Beitrag föderalistischer Strukturen zur konstruktiven Bearbeitung innerstaatlicher Konflikte, in: Friedens-Warte 71:4, 373-394.
- Rittberger, Volker/Zürn, Michael 1990: Towards Regulated Anarchy in East-West Relations, in Rittberger; Volker (Hrsg.): International Regimes in East-West Politics, London: Pinter, 9-63.
- Rousseau, David L./Gelpi, Christopher/Reiter, Dan/Huth, Paul K. 1996: Assessing the Dyadic Nature of the Democratic Peace, in: American Political Science Review 90:3, 512-533.
- Russett, Bruce 1990: Controlling the Sword. The Democratic Governance of National Security, Cambridge (MA)/London: Harvard University Press.
- Russett, Bruce 1993: Grasping the Democratic Peace. Principles for a Post-Cold War World, Princeton: Princeton University Press.
- Russett, Bruce/Oneal, John R./Davis, David R. 1998: The Third Leg of the Kantian Tripod: International Organizations and Militarized Disputes, 1950-1985, in: International Organization 52:3, 441-467.
- Russett, Bruce M./Starr, Harvey 2000: From Democratic Peace to Kantian Peace: Democracy and Conflict in the International System, in: Midlarsky, Manus (Hrsg.): Handbook of War Studies, Ann Arbor: Michigan University Press, 93-128.
- Shanks, Cheryl/Jacobson, Harold K./Kaplan, Jeffrey H. 1995: Inertia and Change in the Constellation of International Governmental Organizations, 1981-1992, in: International Organization 50:4, 593-627.
- Senghaas, Dieter 1990: Europa 2000. Ein Friedensplan, Frankfurt: Suhrkamp.
- Senghaas, Dieter 1994: Wohin driftet die Welt? Über die Zukunft friedlicher Koexistenz, Frankfurt: Suhrkamp.
- Senghaas, Dieter 2000: Friedenszonen, in: Schwarz, Hans-Peter/Kaiser, Karl (Hrsg.), unter Mitarbeit von Sven Olaf Berggötz und Petra Holtrup: Weltpolitik im neuen Jahrhundert, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 404-413
- .
- Schimmelfennig, Frank 1994: Arms Control Regimes and the Dissolution of the Soviet Union. Realism, Institutionalism and Regime Robustness, in: Cooperation and Conflict 29:2, 115-148.

- Schimmelfennig, Frank 1995: Debatten zwischen Staaten. Eine Argumentationstheorie internationaler Systemkonflikte, Opladen: Leske + Budrich.
- Schimmelfennig, Frank 1999: NATO Enlargement: A Constructivist Explanation, in: Security Studies 8:2/3, 198-234.
- Schlotter, Peter 1999: Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution, Frankfurt: Campus Verlag.
- Schrogl, Kai-Uwe 1993: Zivile Satellitennutzung in internationaler Zusammenarbeit, Köln: Carl Heymanns Verlag.
- Schwarzer, Gudrun 1990: The Berlin Regime, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): International Regimes in East-West Politics, London: Pinter, 189-215.
- Schwarzer, Gudrun 1994: Friedliche Konfliktregulierung: Saarland ? Österreich - Berlin: Eine vergleichende Untersuchung territorialer Machtkonflikte, Tübingen: Lück & Mauch.
- Siverson, Randolph/Emmons, Juliann 1991: Birds of a Feather: Democratic Political Systems and Alliance Choices, in: Journal of Conflict Resolution 35:2, 285-306.
- Spiro, David E. 1994: The Insignificance of Liberal the Peace, in: International Security 19:2, 50-86.
- Stein, Arthur 1976: Conflict and Cohesion: A Review of the Literature, in: Journal of Conflict Resolution 40:1, 133-153.
- Strange, Susan 1983: Cave! Hic Dragones: a Critique of Regime Analysis, in: Krasner, Stephen D. (Hrsg.): International Regimes, Ithaca, NY: Cornell University Press, 337-354.
- Taylor, Paul 1990a: Functionalism. The Approach of David Mitrany, in: Groom, A.J.R./Taylor, Paul (Hrsg.): Frameworks for International Cooperation, London: Pinter Publishers, 125-138.
- Taylor, Paul 1990b: Regionalism and Functionalism Reconsidered: A Critical Theory, in: Groom, A.J.R./Taylor, Paul (Hrsg.): Frameworks for International Cooperation, London: Pinter Publishers, 234-254.
- Tibi, Bassam 1995: Krieg der Zivilisationen, Hamburg: Hoffmann + Campe.
- Trachtenberg, Marc 1999: A Constructed Peace. The Making of the European Settlement, Princeton: Princeton University Press.
- Tuschhoff, Christian 1999: Alliance Cohesion and Peaceful Change in NATO, in: Haftendorn, Helga/Keohane, Robert O./Wallander, Celeste (Hrsg.): Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space, Oxford: Oxford University Press, 140-161.
- Vasquez, John A. 1993: The War Puzzle, Cambridge: Cambridge University Press.
- Vasquez, John A. 2000: Reexamining the Steps to War: New Evidence and Theoretical Insights, in: Midlarsky, Manus I. (Hrsg.): Handbook of War Studies II, Ann Arbor: University of Michigan Press, 371-406
- Waeber, Ole 1998: Insecurity, Security, and Asecurity in the West European Non-War Community, in:

- Adler, Emanuel/Barnett, Michael (Hrsg.): *Security Communities*, Cambridge: Cambridge University Press, 69-118.
- Wagner, Wolfgang/Hellmann, Gunther 2001: *Zivile Weltmacht? Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union*, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): *Europäische Integration*, 2. erweiterte und überarbeitete Auflage, Opladen: Leske + Budrich, im Erscheinen.
- Wallander, Celeste A. 2000: *Institutional Assets and Adaptability: NATO After the Cold War*, in: *International Organization* 54: 4, 705-735.
- Walt, Stephen 1997: *Why Alliances Endure or Collapse*, in: *Survival* 39:1, 156-179.
- Waltz, Kenneth N. 1979, *Theory of International Politics*, New York: Random House.
- Waltz, Kenneth N. 1986: *Reflections on Theory of International Politics: A Response to My Critics*, in: Keohane; Robert O. (Hrsg.): *Neorealism and Its Critics*. New York: Columbia Press: 322-345.
- Waltz, Kenneth 1993: *The Emerging Structure of International Politics*, in: *International Security* 18:2, 44-79.
- Wendt, Alexander 1994: *Collective Identity Formation and the International State*, in: *American Political Science Review* 88:2, 384-396.
- Wolf, Reinhard 2001: *Was hält siegreiche Verbündete zusammen? Machtpolitische, institutionelle und innenpolitische Faktoren im Vergleich*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 7:1, 33-78.
- Young, Oran 1989: *International Cooperation. Building Regimes for Natural Resources and the Environment*, Ithaca/London: Cornell University Press.
- Yost, David S. 1998: *The New NATO and Collective Security*, in: *Survival* 40:2, 135-160.
- Zangl, Bernhard 1999: *Interessen auf zwei Ebenen: internationale Regime in der Agrarhandels-, Währungs- und Walfangpolitik*, Baden-Baden : Nomos.
- Zellentin, Gerda 1992: *Der Funktionalismus - eine Strategie gesamteuropäischer Integration?* in: Kreile, Michael (Hrsg.): *Die Integration Europas*, PVS-Sonderheft 23, Opladen: Westdeutscher Verlag, 62-77.
- Zielinski, Michael 2000: *Gesamteuropa als Friedensgemeinschaft*, in: *Friedenswarte* 75: 3-4, 309-330.
- Zürn, Michael 1990: *Intra-German Trade: an Early East-West Regime*, in Rittberger, Volker (Hrsg.): *International Regimes in East-West Politics*, London: Pinter, 151-188.
- Zürn, Michael 1992: *Interessen und Institutionen in der internationalen Politik. Grundlegung und Anwendung des situationsstrukturellen Ansatzes*, Opladen: Leske + Budrich.
- Zürn, Michael 1993: *Bringing the Second Image (Back)* in: *About the Domestic Sources of Regime Formation*, in: Rittberger, Volker (with the assistance of Peter Mayer) (Hrsg.): *Regime Theory and International Relations*, Oxford: Clarendon Press, 282-311.
- Zürn, Michael 1997: *Assessing State Preferences and Explaining Institutional Choice: The Case of Intra-German Trade*, in: *International Studies Quarterly* 41:2, 295-320.

[Zurück zum Anfang](#)

---

## Fußnoten

[ 1 ]

Zweifel an der Signifikanz des Befundes, die unter anderem von Spiro (1994) und Layne (1994) geäußert worden sind, stießen in der Forschung nur auf wenig Resonanz und konnten sich nicht durchsetzen (Gleditsch/Hegre 1997; Russett/Starr 2000).

[ 2 ]

Die Ergebnisse der Konferenz wurden von Geeraerts und Stouthuysen (1999) in einem Sammelband "Democratic Peace for Europe: Myth or Reality" veröffentlicht. Unter den Autoren sind De Vree, Grieco, Morrow, Ray, Risse, Russett, Siverson und Weede.

[ 3 ]

Unter sicherheitspolitischer Perspektive intensiv diskutiert werden derzeit ESG und GASP (vgl. Dembinski 2000; Kreft 1998; Wagner/Hellmann 2001). Hier geht es allerdings vorrangig um die Außenwirkung der EU und weniger um die Organisation von Sicherheit zwischen den Mitgliedsstaaten. Was außerdem in der Literatur extensiv behandelt wird, ist die Osterweiterung der NATO (vgl. Clemens 1997; Gordon 1996; Schimmelfennig 1999; Yost 1998). Auch hier fällt auf, dass die institutionellen Fundamente des westeuropäischen Friedens zwar immer wieder am Rande erwähnt, aber nur von wenigen explizit reflektiert werden (Ausnahmen sind McCalla 1996, Tuschhoff 1999; Wallander 2000). Zwar hat der Fortbestand der NATO trotz des Zusammenbruchs der Sowjetunion in der Wissenschaft seit Mitte der neunziger Jahre ein Umdenken ausgelöst. Die Stimmen mehren sich, welche die NATO nicht mehr als hegemoniegestützte Allianz zur doppelten Eindämmung von Russland und Deutschland begreifen, sondern als genuine Sicherheitsinstitution (vgl. Haftendorn 1997; Hellmann/Wolf 1993; Risse-Kappen 1995). Gleichwohl ist noch offen, wie diese sich abzeichnende Debatte zwischen Institutionalistinnen und Realisten ausgehen wird.

[ 4 ]

Dass internationale Institutionen für die Organisation friedlichen Wandels zwischen den Mitglieder pluralistischer Sicherheitsgemeinschaften für Karl Deutsch (1957) noch eine Definitionsmerkmal eben dieser Gemeinschaften war, wird so weit ich erkennen kann, in der Forschung allenfalls noch erwähnt, aber nicht weiter beachtet.

[ 5 ]

Eine Ausnahme bilden die Arbeiten von Kreft (1998) zur EU sowie von Peters (1997) und Wallander (2000) zur NATO. Sie alle thematisieren freilich nicht den hier interessierenden Zusammenhang zwischen stabilem Frieden, internationalen Institutionen und der demokratischen Verfasstheit ihrer Mitgliedsstaaten.

[ 6 ]

Untersucht wurden unter anderem die Verregelung der Verschmutzung von Nord- und Ostsee (List 1991), Verifikationsregime im Rahmen von sicherheits- und vertrauensbildenden Maßnahmen (Efinger 1991), die Organisation des innerdeutschen Handels (Zürn 1990; 1997), das Berlin-Regime (Schwarzer

1990), die Bearbeitung des Saarlandkonflikts (Schwarzer 1994), die Koordinierung der zivilen Satellitennutzung (Schrogl 1993) und die Bemühungen, die Arbeitsbedingungen von Journalisten in Ost und West zu verregeln (Mendler 1990).

[ 7 ]

Im Anschluss wurden einige einschlägige Arbeiten von McCalla (1996) und Wallander (2000) sowie in Haftendorn/Keck (1997) und Haftendorn/Keohane/Wallander (2000) veröffentlicht.

[ 8 ]

Darüber hinaus scheitern dyadisch-strukturelle Erklärungsversuche an der Sorglosigkeit, die kleinere Demokratien in ihrem Umgang mit größeren an den Tag legen. Wenn kleine Demokratien den rücksichtslosen Umgang ihrer mächtigen Artgenossen mit schwachen Autokratien beobachten, dann sollten sie eigentlich das große Fürchten bekommen. Denn was spricht aus institutioneller Perspektive dagegen, dass große Demokratien mit ihnen in Konflikten nicht genauso verfahren. Schließlich ist fraglich, ob das Sicherheitsdilemma und seine Entschärfung wirklich so friedensrelevant sind, wie im institutionellen Argument angenommen wird. Zum einen greifen Demokratien schwache Staaten an, von denen für sie keine Gefahr ausgeht und zum anderen ist der empirische Befund zu Präemptivkriegen sehr dürftig, was generell alle strukturellen Ansätze in der Kriegsursachenforschung vor erhebliche Probleme stellt (Kahl 1998: 98; Reiter 1995).

[ 9 ]

Um der Vollständigkeit willen sei erwähnt, dass Russett (1993) und Owen (1994) die Kausalmechanismen dyadischer Ansätze um einen Perzeptionsvorbehalt ergänzt haben. Demnach erstreckt sich der demokratische Frieden nur auf solche Staaten, die sich wechselseitig und zweifelsfrei als gefestigte Demokratien wahrnehmen. So könne mit einigem Grund behauptet werden, dass beispielsweise Frankreich während der Ruhrkrise Weimar-Deutschland nicht als gefestigte Demokratie eingestuft und deshalb auch entsprechend behandelt habe. Wenn aber der Perzeptionsvorbehalt ernst genommen werde, dann erscheine die in der Forschung oftmals vorgenommene Trennung von Struktur- und Kulturargumenten künstlich. Eine demokratische Kultur werde erst in den politischen Institutionen einer Gesellschaft sichtbar und demokratische Institutionen wären ohne eine sie tragende demokratische Kultur instabil. Das Perzeptionsargument hat freilich seine eigenen Tücken. Es stellt sich nämlich die Frage, ob es spezifische Bedingungen gibt, unter denen sich Demokratien als Demokratien wahrnehmen, oder ob diese Wahrnehmungen im Letzten beliebig sind. In diesem Fall nämlich würde vom demokratischen Frieden nicht viel übrigbleiben.

[ 10 ]

Die letzte Frage versucht Kahl (1998) im Anschluss an Wendt (1994) unter Verweis auf glückliche Kooperationserfahrungen zwischen Demokratien zu erklären. Demnach hängt die Entstehung kollektiver Identitäten neben gemeinsamen Merkmale entscheidend von gemeinsamen Erfolgen ab. Den Umstand wiederum, dass zwischen Demokratien die Zusammenarbeit bis hin zur Bildung einer In-Group erfolgreich war, führt Kahl ähnlich wie Cohen (1994: 220-222; 1995: 324) auf die glücklich-unglückliche Weltlage nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Die Staaten Europas seien alle vorrangig mit ihrem Wiederaufbau beschäftigt gewesen, und die Sorge um relative Gewinne sei ihnen daher als sinnloser Luxus erschienen. Zudem seien sie durch die Präsenz der USA als unumstrittenen Hegemon gemildert worden. Im Endeffekt ist der demokratische Frieden bei Cohen und Kahl pfadabhängig. Er ist das Ergebnis eines kontingenten Prozesses, der nur schwerlich wiederholbar ist.

[ 11 ]

Eine Ausnahme sind die Arbeiten von Thomas Risse-Kappen (1995b; 1996). Er sieht durchaus, dass Demokratien ungewöhnlich kooperationsfähig sind, und dass die demokratische Friedenszone durch ein dichtes Netz internationaler Institutionen befestigt wird. Allerdings führt Risse-Kappen (1996: 367f.) die hohe Verregelungsdichte in der demokratischen Friedenszone darauf zurück, dass zwischen Demokratien *als* Demokratien kein Sicherheitsdilemma besteht: "Since the security dilemma is almost absent among democracies, they face fewer obstacles to creating cooperative security institutions." Im Letzten folgen damit auch bei Risse-Kappen (1996: 371) internationale Institutionen dem Frieden und nicht umgekehrt: "Because they perceive each other as peaceful and express a sense of community, they are likely to overcome obstacles against international cooperation and form international institutions such as alliances." Wenn wir allerdings die Argumentation von Risse-Kappen ernst nehmen, dann brauchen Demokratien im liberalen Verständnis keine kollektiven Sicherheitsinstitutionen gegenüber ihresgleichen. Sie sind allenfalls nützlich, um das "Allianz-Dilemma" (Glenn Snyder) - also die sozialen Fallen der gemeinsamen Verteidigung gegen einen externen Feind - zu überwinden. Auf die Verhältnisse in Europa nach dem Ende des Kalten Kriegs übertragen würde dies bedeuten, dass beispielsweise die Sicherheitsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland von der NATO unabhängig waren, eben weil zwei Demokratien keine Kriege gegeneinander führen.

[ 12 ]

Strittig sind der Amerikanisch-Spanische Krieg, der Eintritt Finnlands in den zweiten Weltkrieg auf Seiten von Nazi-Deutschlands etc. (vgl. zu dieser Klassifikationsdebatte: Gleditsch/Hegre 1997).

[ 13 ]

Im folgende konzentriere ich mich auf Sicherheitskonflikte. Territorial- und Herrschaftskonflikte spielen zwischen den Staaten der Europäischen Union eine untergeordnete Rolle. Heikel war allenfalls der Status des Saarlandes Anfang der fünfziger Jahre und strittig ist nach wie vor die Zugehörigkeit Gibraltars zu Großbritannien. Ansonsten haben sich in West-Europa die Prinzipien der Unverletzbarkeit nationaler Grenzen und des friedlichen Wandels durchgesetzt (Schlotter 1999). Die Entdramatisierung von Territorial- und Herrschaftskonflikten mag auch damit zu tun haben, dass Minderheiten in Europa über vergleichsweise umfangreiche Selbstbestimmungsrechte verfügen.

[ 14 ]

Trachtenberg (1999: VII) vertritt in diesem Zusammenhang die weitergehende These, dass nicht nur französische und deutsche, sondern auch sowjetische Sicherheitsinteressen durch die Einbindung des deutschen Verteidigungsbeitrags in die NATO berücksichtigt worden seien: "If the western countries could create a political system of their own in which German power was limited, this was something the USSR could live with; if they were unable to do so, there might be very serious trouble indeed."

[ 15 ]

Die Enthierarchisierung von Politikfeldern in den internationalen Beziehungen war und ist für den neoliberalen Institutionalismus von herausragender Bedeutung. Umso verwunderlicher ist es, dass dieses Phänomen bislang nur wenig analytische Aufmerksamkeit gefunden hat, wenn wir einmal von dem eher deskriptiven Argument absehen, dass militärische Macht als Instrument der Handlungskoordination in interdependenten Beziehungen entwertet worden sei, wie Keohane und Nye (1977) schon früh diagnostizierten. Herrschende Meinung ist jedenfalls, dass intensive Austauschbeziehungen zwischen Staaten und damit das Maß der Interdependenz vom Zustand ihrer Sicherheitsbeziehungen abhängig ist.

Diese Einsicht ist mittlerweile auch von Realisten, insbesondere den sog. "postklassischen Realisten", akzeptiert worden (vgl. Brooks 1998; Hasenclever/Mayer/Rittberger 2000).

[ 16 ]

Dass internationale Institutionen robust sind und die Zusammenarbeit in den verregelten Politikfeldern von Krisen in anderen Sachbereichen abgrenzen, ist in der Wissenschaft ein bekanntes Phänomen (Rittberger/Zürn 1990; Rittberger 1993). Es ist darauf zurückzuführen, dass Institutionen generell ein Eigenleben entwickeln und nicht jede externe Veränderung intern nachvollziehen (Young 1989: 62-70). Dieses Phänomen wird manchmal auch als "Autonomie internationaler Institutionen" (Stephen Krasner) bezeichnet. Die Praxis der Isolierung von Problemen und ihrer fallweisen Abarbeitung ist auch innerhalb der NATO bekannt. Nach Wallander (2000: 724f.) wurden die zahlreichen Unterausschüsse der NATO nicht zuletzt deshalb eingerichtet, um potenzielle Krisen zu isolieren. "NATO's structure ensures that progress becoming stalled in one area will not prevent progress in another." Internationale Institutionen wirken also generell als eine Art "Brandschutztüre", die mögliche Brandherde in zwischenstaatlichen Beziehungen voneinander isoliert.